Der „Lübecker Volksbote" erscheint jeden Nachmittag, außer an Sonn- und Festtagen. Der Abonnementspreis beträgt bei Lieferung durch die Boten frei ins Haus monatlich 80 Mk. Einzelverkaufspreis 4,00 Mark.
Redaktion: Johannisstraße 46.
Fernruf 905.

Die Anzeigengebühr beträgt für die achtgespaltene Petitzeile oder deren Raum 12,00 Mk., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 11,00 Mark, Reklamen 45,00 Mark. Beilagengebühr 1000 Stck. 225 Mk.
Geschäftsstelle: Johannisstr. 46.
Fernruf: 926.

TAGESZEITUNG FÜR DAS ARBEITENDE VOLK

Lübecker Volksbote

Nummer 220. Mittwoch, 20. September 1922. 29. Jahrgang.

Die europäische Krise vor dem Völkerbund.

Ein Notschrei an die Vernunft.

Genf, 19. September.

Am Ende der heutigen Abendsitzung wurde plötzlich unter größter Aufmerksamkeit aller Teilnehmer die Reparationsfrage zur Debatte gestellt. Lord Rober Cecil verlas einen ausführlichen Antrag, der als Voraussetzung für die Abrüstung und Lösung der Reparationsfrage, der interalliierten Schulden, wie überhaupt der schweren wirtschaftlichen Krise, die Deutschland und die ganze Welt bedroht, bezeichnet wurde. Seine Anträge hatten im wesentlichen folgenden Wortlaut:

Der 3. Ausschuß ist der Ansicht, daß trotz der ernsthaften wirtschaftlichen Krise, unter der alle Länder leiden, die zugunsten der Rüstungsbeschränkung spricht, die **politische und wirtschaftliche Lage Europas so heikel ist, daß kein allgemeiner Abrüstungsplan gegenwärtig erwogen werden könne.** Zweifellos sind die Regierungen zahlreicher Länder besorgt wegen der unmittelbar zu **befürchtenden großen Katastrophe,** deren Folgen unberechenbar sein können. Das ist, wie heute jeder weiß, mit Oesterreich der Fall; das wird vielleicht in einigen Monaten schon mit Deutschland der Fall sein; **wenn Oesterreich und Deutschland wirtschaftlich zusammenbrechen, werden die Folgen für ihre Nachbarn, für Europa, sogar für die ganze Welt äußerst ernst, vielleicht verhängnisvoll sein.**

Außer diesen schwierigen Anzeichen aber ist die allgemeine wirtschaftliche Lage derart, daß sich die Welt gegenwärtig in einem Zustand des Argwohns und der Unruhe befindet, der nicht mit dem wirklichen Frieden vereinbar ist. Ohne Frieden, ohne moralische Abrüstung ist aber jeder Rüstungsbeschränkungsplan vergeblich. Bevor man also an die Rüstungsbeschränkung herangeht, muß man sich folgende Fragen stellen: Welches sind die Ursachen, die den Mechanismus des Handels und des internationalen Austausches lähmen und die wirtschaftliche und politische Unsicherheit hervorrufen? Die Antwort ist nicht zweifelhaft: **Man muß die Ursachen in zwischenstaatlichen Schulden suchen,** die auf allen großen Ländern Europas lasten. Diese Schulden, ob sie nun in Form von Reparationsverpflichtungen, von Hilfskrediten für Schulden auftreten, bilden in ihrer Gesamtheit ein Problem, dessen Lösung wesentlich ist, bevor das wirtschafliche Leben Europas wieder aufgerichtet werden kann. Die Länder, die nicht am Kriege teilgenommen haben und die an dem Problem der zwischenstaatlichen Schulden nicht interessiert sind, weder als Schuldner noch als Gläubiger, leiden ebenfalls an einer ernsthaften wirtschaftlichen Krise, sie haben infolgedessen ein Lebensinteresse an einer schnellen Lösung des Problems. Für die Frage der Abrüstung ist es also wesentlich, daß man ohne Zeitverlust eine Lösung für alle durch die zwischenstaatlichen Schulden aufgeworfenen Fragen findet.

Cecil fügte hinzu, daß es nicht Sache des Abrüstungsausschusses sei, genauere Maßnahmen vorzuschlagen. Die einen seien der Ansicht, die Initiative müsse vom Rate der alliierten Mächte ausgehen, die anderen setzten ihr ganzes Vertrauen auf die Reparationskommission, wieder andere aber möchten einen besonderen Sachverständigenausschuß oder das Finanzkomitee mit der Ausarbeitung von Vorschlägen betrauen. Eine andere Auffassung endlich gehe dahin, daß nur eine internationale Konferenz der Ministerpräsidenten genug Autorität hätte, um solche ernste Frage zu lösen. Aber, fuhr Cecil fort, welches auch der Organismus sei, den man mit dem Studium betrauen werde, sei es unmöglich, eine befriedigende Lösung zu erzielen, wenn die geeigneetn Vorbedingungen nicht erfüllt würden. Zuerst müsse man den ganzen Komplex Fragen angreifen und über die interalliierten Schulden und die Reparationsfrage diskutieren. Außerdem sei es notwendig, da es sich um ein Problem handle, das die ganze Welt angehe, daß andere Nationen ihren Anteil an Verantwortung für einen endgültigen Beschluß auf sich nehmen. Ferner könnten, wenn man wolle, daß Reparationszahlungen erfolgten, diese heute **nur mittels einer internationalen Anleihe** aufgebracht werden. Schließlich sei es notwendig, daß die Lösung nicht verzögert werde, denn alle Sachverständigen seien sich darin einig, daß jetzt die **Minuten gezählt** seien, wenn man **Europa vor dem finanziellen Zusammenbruch retten** wolle. Cecil schloß mit folgenden Worten: Der dritte Ausschuß erinnert die Versammlung an die Notwendigkeit eines sofortigen Handelns; es ist unbestreitbar, daß, solange die finanizellen Schwierigkeiten Europas nicht behoben seien, man nicht politische Stabilität und Vertrauen wiedergewinnen kann, die unentbehrlichsten Elemente, von denen die Verwirklichung der moralischen Abrüstung und die Frage jedes Abrüstungsprojektes abhänge.

Darauf erklärte unter größter Spannung aller Delegierten Jouvenel, daß Frankreich mit der Aussprache über diesen Punkt einverstanden sei und daß die französische Delegation bereits bestimmte Vorschläge zu Cecils Anregungen ausgearbeitet habe. Weniger als irgend ein anderes Volk habe das französische Anlaß, in diesem Fall eine negative Antwort zu geben. „Schon bei meinem ersten Auftreten hier in Genf", sagte Jouvenel, „wies ich darauf hin, daß wir nur zu einem Ergebnis in der Abrüstungsfrage kommen könnten, wenn die Länder, die im Kriege einig gewesen seien, auch im Frieden einig blieben. Der militärische Frieden kann nur eine Folge der moralischen Abrüstung sein, wie schon früher Noblemaire sagte, eine Folge des intellektuellen Friedens. Wenn wir zu einer Konsolidierung des Friedens kommen wollen, müssen die Folgen des letzten Krieges liquidert sein."

Havensteins Abmachungen.

SPD. Berlin, 20. September.

Ueber die Abmachungen zwischen der Bank von England und der Deutschen Reichsbank wird tiefstes Stillschweigen bewahrt. Die beiden Banken betrachten die eingegangenen Verpflichtungen als eine reine Privatangelegenheit und sind nicht in der Lage, irgend jemandem darüber Aufschluß zu geben. Man weiß nur soviel, daß die Reichsbank auch nicht den kleinsten Teil ihres Goldbestandes als Sicherheit hergegeben hat. Man nimmt an, daß sie sich mit Hilfe der Industrie- und Handelswelt einen Sicherheitsfonds geschaffen hat oder schaffen wird, der es ihr ermöglichte, die Unterschrift unter die Schatzscheine zu setzen. Die belgische Regierung hat sich mit der Mitteilungen des deutschen Gesandten Landsberg, daß die Reichsbank nunmehr bereit sei, die Sechsmonatswechsel im Gesamtbetrage von 270 Millionen Goldmark zu unterzeichnen, zufrieden gegeben, sodaß die deutsch-belgische Angelegenheit nunmehr ihre friedliche Beilegung gefunden hat.

Es ist nur zu hoffen, daß das Stillschweigen über den Inhalt bald gebrochen wird. Eine Vereinbarung von so außerordentlicher Tragweite ist keine Privatangelegenheit mehr, sondern eine politische Tatsache ersten Ranges. Erst dann wird man sich ein Bild von dem eigentlichen Charakter der Lösung machen können. Jedenfalls ist die Entspannung der außenpolitischen Lage zu begrüßen.

Die Abmachungen zwischen der Reichsbank und der Bank von England.

TU. London, 20. September.

Ueber den Abschluß der Verhandlungen zwischen der Bank von England und der Reichsbank werden heute in englischen Bankkreisen folgende Einzelheiten bekannt. Das Reich hat sich gegenüber der Reichsbank verpflichtet, dieser während 18 Monate (15. August 1922 bis 15. Februar 1924) monatlich 50 Millionen Goldmark zur Abdeckung der Reparationsschulden zur Verfügung zu stellen. Die Einlösung ist folgendermaßen gedacht: Die ersten beiden Raten am 15. Januar und 15. Februar 1923 kann die Reichsbank auf Grund der von der Bank von England garantierten und gelieferten 100 Millionen Goldmark bezahlen (für die neben der Unterschrift der Reichsbank das englische Depot der Reichsbank von 50 Millionen Goldmark als Sicherheit gilt). Die weiteren Raten von 50, 60 und nochmals 60 Millionen kann die Reichsbank bis 15. Juni 1923 auf Grund der bis dahin durch die Zahlungen des Reiches aufgesammelten elf Monatsraten von je 15 Millionen Goldmark bis auf einen kleinen Rest von 5 Millionen Goldmark einlösen. Alle weiteren vom Reiche an die Reichsbank erfolgenden Goldzahlungen der nächsten acht Monate werden dann der Reichsbank, dazu der Bank von England die geschuldeten 100 Millionen Goldmark wieder zurückbezahlt. Neben diesem reinen Zahlungsplan steht als weitere Aktion der Reichsbank bei der Bank von England die Tatsache, daß die Bank von England wahrscheinlich die beiden ersten mit dem Datum des 15. August und 15. September an Belgien zu gebenden Schatzwechsel diskontiert, so daß Belgien schon jetzt in den Besitz des baren Geldes gelangt und die deutschen Schatzwechsel bei der Bank von England ruhen. Am 15. Januar und 15. Februar werden dann diese an sich abgelaufenen Schatzwechsel in Höhe von je 50 Millionen Goldmark von der Bank von England gestundet.

Neue Reparationsverträge.

TU. Paris, 19. September.

Radio meldet aus Paris, daß neue, sehr wichtige Abkommen zwischen deutschen und französischen Industriegruppen zum Wiederaufbau der zerstörten Gebiete abgeschlossen seien. Die Abkommen betreffen einerseits die Gruppen Schein-Mainz und die französische Wiederaufbaugesellschaft und die Gruppen Siemens-Halske in Berlin und Düsseldorf und die französische Gruppe Brico, deren Präsident gleichzeitig der Vorsitzende der französischen Deputatskammer für Eisen ist.

Dollar um 1400.

Die Lage im Orient.

Reuter meldet aus Smyrna, daß die Meldungen über die Zahl der Todesopfer (der Bericht sprach von 100 000 getöteten Christen) sich nicht bestätigen. Es stehe jedoch fest, daß sich unter den Opfern zahlreiche Armenier befinden. Das amerikanische Rote Kreuz versorgt täglich 15 000 Flüchtlinge. Die Gesamtzahl der Flüchtlinge beträgt 200 000, in der Mehrzahl handelt es sich um Griechen und Armenier. Die rumänische Regierung habe noch keine endgültige Erklärung über ihre Politik abgegeben. Es besteht jedoch Grund zu der Annahme, daß Rumänien mit der Politik der englischen Regierung, betreffend Konstantinopel und die Meerengen, durchaus einverstanden sei. Da Rumäniens einzige Verbindung mit den Alliierten durch das Marmarameer und die Dardanellen gehe, habe es ein vitales Interesse an der Freiheit der Meerengen.

Wie „Petit Parisien" mitteilt, wird die französische Regierung, um jede Möglichkeit eines Konflikts zu beseitigen, die in Tschanak (Kleinasien) stehenden französischen Truppen auf das Nordufer der Dardanellen zurückführen lassen. Dem französischen Vertreter in Konstantinopel seien Weisungen übermittelt worden, diesen Befehl innerhalb 24 Stunden auszuführen. Auch die italienischen Truppen wurden vom asiatischen Ufer der Meerengen zurückgenommen. Die italienische Presse verwirft jede Intervention Italiens. Die italienische Regierung hat neue Hospitalschiffe nach Smyrna gesandt, ebenso Lebensmittel für 100 000 Personen. An der Dardanellenzone stehen gegenwärtig 60 000 Mann, darunter 4000 Franzosen und 2000 Italiener unter dem Befehl des englischen Generals Harrington.

„Daily Expreß" bezeichnet die Meldung von der Zurücknahme der französischen Truppen als eine Bombe aus Paris. Es sei jetzt wahrscheinlich, daß die britischen Truppen allein die neutrale Zone verteidigen müßten. Das britische Reich sei bereit, falls sich ein kemalistischer Angriff entwickeln sollte, zur Verteidigung der Freiheit der Meerengen allein zu handeln. Die britische Regierung sehe diese Möglichkeit für so ernst an, daß sie lieber unabhängig Schritte tun werde, als die Freiheit der Meerengen bedrohen zu lassen. Diese Ansicht sei nach zwei langen Kabinettskonferenzen ausgedrückt worden, auf denen in der Hauptsache die Maßnahmen, die zu Lande, zur See und in der Luft getroffen werden müssen, erörtert worden seien.

Wie der „Matin" mitteilt, hat der französische Geschäftsträger bei seinem Besuch im „Foreign Office" der englischen Regierung die Art und Weise zur Kenntnis gebracht, in der Frankreich eine Regelung im Orient beabsichtige. Er habe England Mitteilung gemacht von der Erregung, die sich der öffentlichen Meinung in Frankreich bemächtigt habe, und von der Unruhe, die die französische Regierung angesichts der letzten englischen Erklärung empfinde. Er erklärte, daß französische Truppen in keinem Falle an der Seite griechischer Truppen kämpfen könnten.

Reuter erfährt von maßgebender Seite, es sei keine Rede davon, daß die britische Regierung irgend etwas unternehmen werde, was auf einen neuen Krieg hinauslaufe, oder daß sie neue Operationen zu Lande oder auf dem Wasser plane. Es handle sich darum, daß die Alliierten seit einiger Zeit in den neutralen Zonen am Bosporus und an den Dardanellen Truppen hätten, die die Ausführung des Vertrages von Sevres schützen sollten. Die Frage sei lediglich der Schutz dieser Streitkräfte gegen jede mögliche Gefahr — nicht ein Krieg gegen jemand. Kemal Pascha sei benachrichtigt, daß er diese Zone nicht verletzen dürfe, und wisse, welche Folgen eine Verletzung nach sich ziehen würde.

Kemals Antwort an die Alliierten.

TU. Paris, 19. September.

Nach dem „Petit Parisien" hat Kemal Pascha auf die gemeinsame Warnung der Alliierten, die neutrale Zone an den Dardanellen zu respektieren, geantwortet, die neutrale Zone sei zwar nur in dem Vertrage von Sevres festgelegt, den er nicht kenne und nicht anerkenne und den auch die Alliierten nicht ratifiziert hätten. Er nehme aber ihre Anwesenheit in dieser Zone vorläufig zur Kenntnis und habe vorläufig nicht die Absicht, irgend etwas gegen Konstantinopel, Gallipoli und die Dardanellen zu unternehmen.

Ein Ultimatum Kemals.

TU. London, 20. September.

Der Konstantinopeler Korrespondent des „Daily Telegraph" verbreitet die aufsehenerregende Meldung, daß Kemal Pascha den Verbündeten ein Ultimatum gestellt habe, **Konstantinopel binnen sechs Tagen zu räumen.** Der Korrespondent bezeichnet die Lage als äußerst kritisch. Er sagt, daß die kemalistische Armee gänzlich nach Norden geschwenkt sei und gegen die Dardanellen und den Bosporus marschiere. Kemal könnte 70 000 Mann ins Gefecht werfen. — Nach einer Meldung des „Daily Expreß" sollen nach einer Erklärung des Vertreters von Angora die türkischen Friedensbedingungen sich seit 1918 nicht geändert haben. Sie bestehen in der völligen Unabhängigkeit innerhalb der Landesgrenzen. Von den Meerengen wird nichts erwähnt.

Abstimmungen auf dem Parteitag.

SPD. Augsburg, 20. September.

In der Sitzung am Dienstag morgen wurde über eine Reihe von Anträgen abgestimmt.

Angenommen werden die Anträge, die zur Prüfung der Frage der Neugliederung des Reiches die Einsetzung eine Kommission von 21 Mitgliedern verlangen; ferner Anträge auf behördliche und gesetzgeberische Maßnahmen gegen die Bewucherung des konsumierenden Volkes, und Anträge, die praktische Maßnahmen zur Bekämpfung des Alkoholismus verlangen. Eine Reihe von Schulanträgen wird erledigt. Durch die Annahme des Antrages Wegscheider werden die Reichstagsfraktionen verpflichtet, auf schleunige Verabschiedung eines Notgesetzes zur Schaffung weltlicher Schulen mit allen Kräften zu dringen und eine Neuordnung der Lehrerbildung zu erwirken. Ein weiterer Beschluß verlangt planvollen Ausbau der Kulturarbeit und wünscht besonders die Vorbereitung einer Hochschule für Arbeiterbildung zur gründlichen Ausbildung der Funktionäre der Arbeiterbewegung. Mit großer Mehrheit wird dann ein Antrag angenommen, der den Parteimitgliedern die aktive Unterstützung der Konsum- und Produktivgenossenschaften zur Pflicht macht. — Weitere Beschlüsse wenden sich gegen Auslassungen einzelner Genossen, die geeignet sind, den achtstündigen Arbeitstag zu gefährden, und gegen die Mitarbeit an reaktionären Zeitungen. Von den Fraktionen der Parlamente der Gliedstaaten wird erwartet, daß sie jedes parlamentarische Mittel benutzen, um die Schutzpolizei zu einem zuverlässigen Instrument der Republik zu machen. Zur Neugestaltung des gesamten Schulwesens fordert der Parteitag die Fraktionen auf, für die Einräumung weitgehender Rechte der Elternbeiräte einzutreten. Der Parteivorstand wird ersucht, zu prüfen, wie eine organische Zusammenlegung der sozialdemokratischen Elternbeiräte möglich ist. Zur Beitragsfrage wird beschlossen, daß der Parteivorstand gemeinsam mit dem Parteiausschuß das Recht hat, dem jeweiligen Geldwert entsprechend den Beitrag festzusetzen. Schließlich werden noch Anträge angenommen, die den Ausbau des wirtschaftlichen Teils der Parteipresse verlangen. Eine große Anzahl von Anträgen wird dem Parteivorstand überwiesen; unter anderem ein Antrag auf Schaffung einer zentralen Stelle zur Feststellung geeigneter Bewerber für Staats- und Gemeindestellen; ferner Anträge auf die Herausgabe von Richtlinien für das Vorgehen der Parlamentsfraktion auf wirtschaftlichem Gebiete, auf Herausgabe theoretischer Schriften des Sozialismus in Heftformat, auf Verschmelzung der Witwenpensions- und Unterstützungskasse der Partei, des ADGB. und der Konsumvereine, auf Umgestaltung der Nachrichten für Parteifunktionäre sowie der „Kommunalen Praxis" usw. Abgelehnt werden unter anderm Anträge, die die Erwerbung oder Errichtung einer eigenen Papierfabrik verlangen, die sich gegen Doppel-Mandate wenden und für die „Gleichheit" die Wiedereinführung der Kinderbeilage mit Schnittmusterbogen wünschen. Weiter lehnt der Parteitag es ab, sich gegen die Haltung der „Neuen Zeit" in der Einigungsfrage zu wenden und verwirft alle Anträge, die sich mit der Mitgliedschaft in Kriegervereinen beschäftigen.

Ein Brot 150 Mark?

Die agrarische Presse ist über den scharfen Einspruch der Sozialdemokratie wegen der beabsichtigten vierfachen Erhöhung des Umlagegetreides sehr aufgeregt. Die Unsauberkeit des reichslandbündlerischen Vorgehens kann aber dem deutschen Volke nicht deutlich genug klargemacht werden. Würde den Wünschen der Agrarier nachgegeben, dann entstünde dem Reich für das erste Drittel der Umlage eine **Mehrausgabe von 17½ Milliarden Mark.** Bauen sich aber auf dem neu beschlossenen Preis — statt auf dem vom Reichstag festgelegten — auch die Preise für das zweite und dritte Drittel auf, so würde sich dieser Betrag noch verdreifachen. Mehr als 50 Milliarden Mark würden also den Landwirten auf Grund dieses Beschlusses zufließen! Das ist 2½mal so viel als die ganze Umsatzsteuer nach dem Voranschlag bringen soll. Das Reich aber kann selbstverständlich diesen Betrag nicht aus seiner Kasse zahlen. Die Folge wäre also, daß er auf den Brotpreis geschlagen wird. **Der Brotpreis aber steigt ohnedies Mitte Oktober durch die Verteuerung des Auslandsgetreides um etwa das Dreifache, d. h. auf 100 Mark** für ein Vierpfundbrot. Kommt nun diese Erhöhung noch dazu, so dürfte ein Vier-Pfund-Brot am 15. Oktober kaum unter 150 Mark zu haben sein.

Ein solcher Brotpreis wäre gleichbedeutend mit der Verurteilung der arbeitenden Bevölkerung zum Verhungern. Ihn kann wirklich nur erstreben, wer glaubt, daß in Deutschland zwanzig Millionen Menschen zu viel leben, wer die Ausrottung eines großen Bevölkerungsteiles als erstrebenswertes Ziel anpreist. Und die Ursache des ungeheuerlichen Beschlusses? In der „Frankfurter Zeitung" steht sie zu lesen: **Die Landwirte halten ganz allgemein mit den Ablieferungen zurück, weil sie auf spätere höhere Preise rechnen.** Nur dieser Umstand, nicht der Erntemuskel, der von den Agrariern viel schwärzer geschildert wird, als er ist, hat dazu geführt, daß in diesem Jahre bisher erst ein Viertel der im gleichen Zeitraum des Vorjahres abgelieferten Getreidemenge erfaßt worden ist, nämlich 110 000 gegen 440 000 Tonnen im Vorjahre. Und vor dieser Lieferungssabotage soll nun alles zusammenklappen? Für eine derartige Politik der Schwächlichkeit gegen die Profitwut der Produzenten, der Brutalität gegen die Lebensnotdurft der Konsumenten kann die Vertretung der Arbeiterklasse die Verantwortung nicht übernehmen.

Aus Sowjetien.

Beamtenabbau in Sowjet-Rußland.

Die Kommission zur Verringerung der Beamtenstellen bei den Sowjetbehörden hat einen neuen bindenden Erlaß herausgegeben. 30% aller betreffenden Beamten sollen entlassen werden. Die verbliebenen Beamten sollen nun den dauernden Beamtenstand einer jeden Behörde bilden.

Zugeständnis an die Kirche.

Auf die Bitte der Obersten Kirchenverwaltung hat der Rat der Volkskommissare beschlossen, das Dekret für ungültig zu erklären, nach dem Kirchen und andere Gotteshäuser den Partei- und öffentlichen Organisationen zur Abhaltung von Versammlungen und Vorlesungen überlassen werden.

Wahlergebnis für die Nationalversammlung der Republik des fernen Ostens.

Die Regierung von Tschita hat dem Rat der Volkskommissare die Beendigung der Wahlen für die Nationalversammlung der Republik des fernen Ostens mitgeteilt. Gewählt wurden 124 Abgeordnete, von denen 51 Kommunisten, 35 Parteilose, 18 Sozialrevolutionäre, 11 Bauernpartei, 6 Menschewiken und 3 Handelsparteiler sind. Die Nationalversammlung wird am 1. November dieses Jahres eröffnet werden.

Bündnisvertrag mit Japan.

Eine Konferenz japanischer Vertreter mit solchen der Republik des nahen Ostens in Tschita endete mit folgendem Abkommen: 1. Jeder der vertragsunterzeichneten Staaten wird sich jeder feindlichen Handlung gegenüber dem Nachbarstaate enthalten. 2. Beide Staaten verpflichten sich, den Bürgern des anderen Staates alle Freiheiten zu gewähren, insbesondere sie in ihrem Gebiet frei reisen zu lassen. 3. Beide Staaten verpflichten sich gegenseitig, Leben und Eigentum des Bürgers des anderen Staates zu respektieren.

Republikanisch-demokratische Politik.

Die Gesellschaft für republikanisch-demokratische Politik richtet an alle Republikaner einen Aufruf, in dem sie auf die „von einsichtigen Republikanern auch außerhalb der sozialistischen Arbeiterschaft längst ersehnte Einigung der sozialdemokratischen Parteien" und die „drohende Arbeitsgemeinschaft der Mitte" hinweist. Es wird eine Auslandspolitik gefordert, die keinen Zweifel darüber läßt, daß Deutschland auch unter schweren Opfern bereit ist, eine „dauerhafte Versöhnung der Völker" herbeizuführen. Von der Wirtschaftspolitik wird gesagt, daß sie der Arbeiterklasse und auch der Landarbeiterschaft zeigen muß, daß der Staat den Vorsatz hat, auch alle wirtschaftlichen Vorrechte zu beseitigen. Zur Ueberwindung und Beseitigung der Klassenunterschiede ist eine Schulpolitik zu betreiben, die den Art. 146 der Reichsverfassung zur Durchführung bringt und die gemeinsame Grundschule für alle bringt. Auf dem Gebiete der Verwaltung fordert die Gesellschaft für republikanisch-demokratische Politik eine Stärkung der republikanischen Beamten. Es wird anerkannt, daß zur Durchführung dieser Forderungen die Mitarbeit der vereinigten Sozialdemokratie unentbehrlich ist. Da diese aber im nächsten Reichstag auch noch nicht über eine Regierungsmehrheit verfügen wird, so habe neben ihr eine Gruppe zu bestehen, die den festen Willen hat, die genannten Forderungen mit durchführen zu helfen. Eine Verbindung der Sozialdemokratie mit der kommenden bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft wird als unfruchtbar abgelehnt und selbst dann sei, so heißt es weiter, nicht viel gewonnen, wenn auch Zentrum und Demokratie zu bewegen wären, ohne die Volkspartei mit der Sozialdemokratie zu regieren. Zwar hätten diese beiden Parteien noch einige Vorzüge vor der Volkspartei, aber in ihnen seien keine Politiker vorhanden, „die erkennen, was unserer Republik jetzt dringend not tut". Eine Aenderung sei erst zu erwarten, wenn diese beiden Parteien sich von Grund auf geändert hätten. Um die Lähmung in der deutschen Politik zu überwinden, wird ein „enges Bündnis zwischen Sozialdemokratie und denjenigen Kreisen in der Demokratie und im Zentrum, die entschlossen sind zu einer entschiedenen demokratischen Politik" empfohlen. Diese sozialistisch-demokratische Arbeitsgemeinschaft zu erstreben sei das Ziel der Gesellschaft für republikanisch-demokratische Politik.

Monarchistische Vortrupps.

S.P.D. In Berlin hat man dieser Tage, offenbar um einem langgehegten Bedürfnis Rechnung zu tragen, so etwas wie eine neue Partei gegründet. Der „Deutsche Freiheitsbund" ist erstanden. Was er bezweckt? Mit allen verfassungsmäßigen Mitteln die Verwirklichung des deutschvölkischen Staatsgedankens erstreben! So sagt wenigstens die „Deutsche Zeitung". Welche Männer hinter der Gründung stehen, welche „Persönlichkeiten" sich um sie „verdient" gemacht haben, weiß man in der Redaktion des Nationalistenblattes auch nicht. Aber man tröstet sich damit, daß in den nächsten Tagen ein Aufruf erscheinen und die notwendige Klärung bringen wird. Wir sind gespannt darauf, was sich da der Öffentlichkeit vorstellen wird. Ob der „Deutsche Freiheitsbund" nicht am Ende ein „Bund der Aufgelösten" ist?

Belgischer Übergriff in Hamborn.

Hamborn, 19. September.

Gestern wurden hier der Kommandant der Schutzpolizei sowie drei höhere und acht untere Beamte ohne Angabe von Gründen von der belgischen Besatzungsbehörde verhaftet. Es wird vermutet, daß die Verhaftung mit der noch ungeklärten Ermordung des Oberleutnants Graff, deren Untersuchung neue Verdachtsmomente ergeben haben soll, in Zusammenhang gebracht wird. Die Einsprüche der zuständigen deutschen Behörden bei dem kommandierenden General des Brückenkopfes Duisburg sind bisher ohne Erfolg geblieben, zumal der Kommandant selbst nicht anzugeben vermag, ob die Verhaftung nur zum Zwecke einer Zeugenvernehmung erfolgt ist. Der Oberbürgermeister erklärte, daß er für die Sicherheit der Stadt Hamborn nicht mehr garantieren könne.

Zum Schutze der Republik. Der Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik trat Dienstag vormittag zu seiner ersten öffentlichen Sitzung zusammen. Den Vorsitz führte Senatspräsident Dr. Hagens, für die Anklagebehörde war Oberreichsanwalt Dr. Ebermayer erschienen. Dr Hagens eröffnete die Sitzung und sprach die Hoffnung aus, daß die Arbeit des Staatsgerichtshofes dem deutschen Volke und Vaterlande zum Segen gereichen und daß der Staatsgerichtshof sich das Vertrauen des deutschen Volkes erwerben möge. Was an den Mitgliedern des Gerichtshofes liege, um dieses Ziel zu erreichen, solle geschehen. Es folgte die Vereidigung der Mitglieder des Staatsgerichtshofes. Dann wurde die öffentliche Sitzung geschlossen. In geheimer Sitzung wurden Verwaltungssachen beraten. Ein Termin für die nächste öffentliche Sitzung ist noch nicht festgesetzt.

Teuerungsaktion der Reichsbeamten. Morgen Donnerstag beginnen die Verhandlungen mit dem Beamtenausschuß, den Spitzenorganisationen und dem Reichsministerium über die neue Teurungsaktion der Beamten und Arbeiter des Reiches. Die Vorbesprechungen zwischen den gewerkschaftlichen Organisationen haben bereits am Dienstag nachmittag stattgefunden.

Der Stinnesvertrag. Reichskanzler Dr. Wirth empfing am Dienstag die Vertreter der gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen. Gegenstand der Besprechungen war das Stinnesabkommen. Die Verhandlungen dauern noch fort.

Wenn man Geld hat. Die der Begünstigung des Mordes an Rathenau angeklagten Garagenbesitzer Schütt und Diester sind gegen eine Kaution von 1 Million bezw. 1 300 000 Mk. vom Staatsgerichtshof aus der Haft entlassen.

Der Beginn des Rathenauprozesses ist nunmehr definitiv auf den 3. Oktober, vormittags 9 Uhr, festgesetzt worden.

Ueberschichten-Abkommen in Oberschlesien. Eine in Hindenburg tagende Revierkonferenz der Bergarbeiter Deutsch-Oberschlesiens sprach sich mit allen gegen zwei Stimmen für ein Ueberschichtenabkommen in Deutsch-Oberschlesien aus, wie es in Westfalen besteht. Ein Abkommen im Umfange des westfälischen würde in Deutsch-Oberschlesien monatlich eine Mehrförderung von 170 000 Tonnen ergeben.

Die neuen Buchdruckerlöhne. Der Tarifausschuß der Deutschen Buchdrucker hat am Sonntag nach dreitägigen Verhandlungen ein neues Lohnabkommen abgeschlossen, das drei Wochen, also bis 7. Oktober, läuft. In den Spitzen beträgt die Lohnzulage in der ersten und zweiten Woche 800 Mk., in der dritten Woche 1200 Mk. — Infolge dieser Lohnerhöhung in Verbindung mit den enorm gestiegenen Preisen der Materialien und Betriebsunkosten erhöhen sich die Druckpreise vom 18. September ab um 60 Prozent.

Kaisertreue. Der Oberpräsident der Provinz Oberschlesien hat den Verein oberschlesischer vaterländischer Soldaten aufgelöst, da der Verein nach seinen eigenen Sitzungsprotokollen lediglich als Ortsgruppe des Verbandes nationalgesinnter Soldaten unter verändertem Namen existierte.

Eine Wahl im Elsaß. Nach einer Meldung des „Journal" aus Straßburg haben die Wahlen zum Generalrat in Niederbronn folgendes Ergebnis gehabt: der kommunistische Kandidat erhielt 1450, der Kandidat des Nationalen Blocks 1403, der Radikalsozialist 427, die Elsässische Partei (Zorn von Bulach) 301 und der Sozialist 42 Stimmen. Es findet Stichwahl statt. Der Nationalblock hat gegenüber den Kammerwahlen 800 Stimmen verloren. Die Wahl bedeutet also eine entschiedene Absage an die Politik des Nationalblocks.

Wiederaufbau der russischen Handelsflotte. Wie TU. meldet, bewilligte die russische Regierung zum Wiederaufbau der russischen Handelsflotte eine Summe von 50 Millionen Goldrubel. Die Leitung der Arbeiten hat sie deutschen Ingenieuren anvertraut.

Auflösung der Kammer in Italien. Wie die Blätter melden, beschloß die Regierung, die Kammer aufzulösen und Neuwahlen auszuschreiben.

Augsburg.

Von Dr. J. Leber.

I.

Nach langer, langer Fahrt braust der Zug ein in den Bahnhof. Augsburg! Tannengrün und rote Fahnen grüßen und junge Sozialisten stehen hilfsbereit, nehmen das Gepäck ab und zeigen den Weg.

Ein Jahr ist vorbei seit Görlitz. Wie die Zeit rinnt! Erinnerungen steigen auf. Man vergleicht Görlitz mit Augsburg. Nicht politisch, als Stadtbilder. Wo du Augsburg anfaßt, erscheint das Kleid der reichen alten Dame, die Augsburg seit vielen Jahrhunderten ist. Bei Görlitz war das anders, über den ärmlichen und dürftigen Kern hatte eine neuere, glücklichere Zeit schönen Flitter gehängt. Mochten auch schöne Anlagen winken, neue Gebäude prunkend sich zeigen, der Stadt fehlte im ganzen doch die alte und schöne Ruhe, die Lübeck und andere Städte zeigen und auch Augsburg.

II.

Andere Erinnerungen. Aus der Geschichte. Webstühle klappern seit vielen Jahrhunderten. Einst wirkten sie hier Stoffen, mit denen die Fugger die Welt umspannten. Einst verdienten sie den Welsern Geld genug, um die schöne Welserin wie eine Kaiserin mit Gold und Edelsteinen zu schmücken. Kein Fürstengeschlecht, das nicht zu ihren Füßen gelegen hätte!

Wenn die heiligen römischen Kaiser deutscher Nation Kriege führen wollten, so mußten sie erst nach Augsburg wallfahren, um die Fugger um Geld zu bitten. Und wenn die Leistungen abgemacht, dann erschienen sie zum zweitenmal — denn die kaiserlichen Kassen waren immer, immer leer. Und sie zeigten sich nobel, die Herren aus dem Hause Fugger. In meinem Hotel zeigt mir der Oberkellner einen Kamin, worin einst die Flamme einen der größten Schuldscheine aller Zeiten vernichtete. Vor den Augen seines kaiserlichen Schuldners löschte Anton Fugger so die Schuld. Er hatte ja doch nichts bekommen! Und er wollte seine Macht dem Kaiser fühlen lassen! Und nicht der erste beste Kaiser war es. Karl V. ließ sich nicht Grafe des hochmütigen Fuggers gefallen. Aus Religion!

III.

Nirgends waren Politik und Religion inniger verflochten als in Augsburg. Hier verantwortete sich Luther vor dem Abgesandten des Papstes, dem hoch- und langmütigen Cajetan. Vor dem Reichstag! Und ein gutes Jahrzehnt später wurde dem gleichen Reichstag das von Melanchthon verfaßte Glaubensbekenntnis der „Augsburger" Konfession vorgelegt.

Trotz des bekennten Augsburger Religionsfriedens von 1555 blieb Augsburg eine konfessionell unruhige Stadt. Schalkhaft erzählt der Fremdenführer, daß sogar die Schweineställe vor der Stadt, je nach dem Glaubensbekenntnis ihrer Besitzer, in protestantische und katholische abgesondert waren. Eine merkwürdige christliche Nächstenliebe!

IV.

Kriegsgeschrei und Waffenlärm sind oft über Augsburgs Türme hinweggebraust. Vor bald tausend Jahren war die Stadt das letzte Bollwerk der deutschen Christenheit gegen die Sturmflut der Hunnen. Auf dem Lechfeld, dicht südlich der Stadt, schlug und vernichtete dann Otto I. die hunnischen Reiterschwärme, deren Reste erschreckt in die Theißsteppen zurückjagten und von nun an Deutschland in Ruhe ließen.

Im dreißigjährigen Krieg zogen die grimmigen Schweden unter dem reinherzigen Gustav Adolf in die Stadt ein; nach Nördlingen, der blutigen Schlacht, kamen das frommen Tilly Kaiserliche. Anderthalb Jahrhunderte später, als sich Habsburg und das Haus Bourbon um den spanischen Thron zankten, zerstörten französische und bayrische Bomben große Teile der Stadt. Aber Augsburg blieb immer reichstreu. Denn es war eine freie Stadt und fürchtete Fürstenwillkür.

Erst Napoleon konnte seiner Freiheit ein Ende machen. Als er den Verrat der Wittelsbacher mit der Königskrone lohnte, legte er neben anderen Trinkgeldern auch die Stadt Augsburg als Morgengabe in die Wiege der jungen bayrischen Königswürde von Gottes Gnaden.

V.

Reich wie ihre Geschichte ist auch der Stadt Bild. Es bewahrheitet den Spruch aus alter Zeit:

„Venediger Macht,
Augsburger Pracht,
Straßburger Geschütz,
Nürnberger Witz
Und Ulmer Geld
Regieren die Welt!"

Wo du auch hinschlendertst, überall Zeugen einstiger Pracht, alten Reichtums. Massig kündet der gewaltige Rathausbau die große Zeit der freien Stadtrepublik. Die buntbemalten Mauern des Weberhauses leuchten herrlich froh in die Weite; der sonnige Süden schaffte frohere Denkmale als der nüchterne Norden. Augsburg und Lübeck, welch großartiger Gegensatz. Dort das frohe Weberhaus — hier das düstere Rathaus. Dort Form und Farbe — hier Form und Gliederung. Strindberg grübelte sich einst auf einer Reise fast krank über diesen Gegensatz. Und doch liebte er ihn unendlich!

VI.

Arbeit war die Quelle des Augsburger Reichtums. Sie ist heute noch fast die einzige Grundlage seiner Lebensenergie. Spinnereien und Webereien beschäftigen Zehntausende fleißiger Hände. Maschinenfabriken künden Augsburgs Ruf durch die ganze Welt. Buchdruckmaschinen und Dieselmotore der Maschinenfabrik Augsburg-Nürnberg sind überall bekannt. Und wer kennt aus dem Kriege nicht mehr den Namen Rumpler? 40 000 organisierte Arbeiter meistern die Gewerkschaft. Auch in Augsburg arbeiten und darben Zehntausende von Proletariern, um Deutschland wieder aufzubauen. Streben aus einer düsteren Gegenwart nach einer helleren Zukunft!

VII.

Parteitag! Beinahe hätte man über das Schauen und Sinnen die Hauptsache vergessen. Rote Fahnen wehen im Stadtpark, die Wege sind schwarz vom Gewimmel. Alles strömt nach der Riesenhalle des Sängerhauses. Davor begrüßen sich alte Bekannte. Langsam füllt sich der Saal. Und die herrlichen Klänge des Sozialistenmarsches brausen über die Menge. Es gilt die Arbeit zu befreien!

Der diesjährige Parteitag beginnt.

Sozialdemokratischer Parteitag.

(Schlußbericht vom Montag.)

Augsburg, 18. Sept. (Eig. Drahtbericht.)

Ueber die

Frauenbewegung

spricht Genossin Juchacz:

Es ist notwendig, daß für die Frauen besondere Veranstaltungen gemacht werden. In den Bezirken, wo dies geschieht, geht die Frauenbewegung lebhaft vorwärts. Wir müssen den Frauen beibringen, daß die Beiträge für die Partei und die Zeitung keine überflüssigen Ausgaben sind. Das Ausland hat der deutschen Not und vor allem der Kindernot große Aufmerksamkeit gewidmet. Besonders das kleine Dänemark hat Hervorragendes geleistet. (Bravo!) Die sozialdemokratischen Frauen haben die Hilfsaktion geleitet und dadurch in diese Arbeit sozialdemokratischen Geist hineingetragen. Wir müssen in unserer Arbeit auch von den Gegnern lernen und müssen danach streben, was uns unsere wissenschaftlichen Vorkämpfer gelehrt haben.

Den **Bericht der Kontrollkommission** erstattet Brüne-Frankfurt a. M.: Die Kontrollkommission hatte sich zu Anfang des Jahres mit einem Einspruch der braunschweigischen Preßkommission zu beschäftigen, die sich darüber beschwerte, daß der Revisor des Parteivorstandes den statutarisch festgesetzten Beitrag für die Zentralkasse einbehalten hatte. Die Beschwerde wurde abgelehnt. Nachdem Brüne dazu mit ehrenden Worten des verstorbenen Mitgliedes der Kontrollkommission Pinkau gedacht hatte, beantragte er die Entlastung des Vorstandes.

Debatte über den Vorstandsbericht.

Werner-Hamburg beschwert sich über den Gang der Verhandlungen der Anschlußfrage zwischen Hamburg und Preußen. Für uns muß in erster Linie der Wille der Bevölkerung maßgebend sein. Wir beantragen, daß die Partei eine Kommission zusammenberuft und einheitliche Richtlinien in dieser Frage für die gesamte Partei aufzustellen sucht.

*

Nach der Mittagspause teilt Wels mit, daß von der SPD. und USPD. **je 150 Delegierte zum Einigungskongreß nach Nürnberg** entsandt werden sollen. Der Parteivorstand schlägt vor, 144 Delegierte zu entsenden, und zwar die Mitglieder des Parteivorstandes, der Kontrollkommission und die Vertreter der Bezirke. Die Delegierten sollen bis Dienstag früh bestimmt werden. Der Parteitag ist damit einverstanden.

Buschwitz-Görlitz erstattete den Bericht der Mandatsprüfungskommission, aus dem hervorgeht, daß **349 stimmberechtigte Delegierte** am Parteitag teilnehmen. Alle Mandate sind für gültig erklärt. Darauf wird die Debatte fortgesetzt.

Broß-Frankfurt a. M.: Ich kann nicht Fortschritte und gelegentliche Rückschritte in der Partei allein auf die wirtschaftlichen Verhältnisse zurückführen. Unsern Parteileben fehlt die innige Anteilnahme der Parteimitglieder. Redner bemängelt dann die Mitarbeit führender Genossen an bürgerlichen Blättern und kritisiert die Haltung der „Neuen Zeit" in der Einigungsfrage.

Drescher-Halle: Wir müssen unsern Parteiapparat viel besser ausgestalten. Unsere Anhänger auf dem Lande müssen Funktionäre haben, die ihnen ständig zur Seite stehen. Die Parteifinanzen müssen wesentlich gestärkt werden. 5 Mk. Wochenbeitrag darf nicht nur Normal-, sondern muß Mindestsatz sein. Man sollte sich nicht scheuen, in den Industrieorten bis zu 8 Mk. Wochenbeitrag zu gehen. — Eckstein-Breslau: Die Demokratisierung kann nicht von oben allein kommen, sondern sie muß auch von unten gefördert werden. Eine organische Neugliederung der deutschen Republik wäre zwingend notwendig. — Sollmann-Köln: Der Alkoholverbrauch hat in Deutschland bedeutend zugenommen, auch bei Jugendlichen und Frauen. Die Alkoholfrage ist auch eine erzieherische Frage. Wenn die Parteigenossen ein Zehntel dessen, was sie für Alkohol ausgeben, für die Partei gäben, ständen wir anders da. (Lebhafter Beifall.) Das Wichtigste in unserer Lage ist eine Hebung der Produktion in Kohlen, Lebensmitteln und Baustoffen. Die deutsche Arbeiterklasse muß aber auch ein wohlverstandenes Stück Nationalbewußtsein besitzen. Wir sind im republikanischen Deutschland nicht nur eine, sondern die staatserhaltende Partei. Wir wollen im Rahmen der Internationale sein und bleiben die deutsche Sozialdemokratie. (Beifall.) — Dr. Knack-Hamburg: Wir müssen den Volksmassen sagen, welche gewaltigen Schwierigkeiten mit der Demokratisierung der Verwaltung verbunden sind. Die Demokratisierung der Verwaltung ist nicht allein Angelegenheit und Pflicht einzelner Parteigenossen, sondern der Gesamtheit. Es muß auch alle Energie eingesetzt werden für die Weiterbildung unserer eigenen Leute, die in öffentlichen Stellungen stehen. — Biester-Hoisbüttel: Notwendig ist für die Partei die Schaffung leistungsfähiger Kreisverbände und die Einheitlichkeit der Organisation nach der politischen Einteilung der Bezirke und Kreise. — Dr. Wegscheider: Es muß mehr als bisher eine Agitation gemacht werden, die den Bedürfnissen der Frauen entspricht. Unter den Frauen muß vor allem Aufklärungsarbeit über Ernährung und Wirtschaftsfragen geleistet werden. Die Frauen werden eher dafür stimmen, daß ihren Kindern Kartoffeln gegeben werden, als daß die Männer Alkohol erhalten. Auch für eine richtige Wohnungs- und Siedlungspolitik werden wir unter den Frauen Anhänger finden. Wir müssen die Frauen auch ganz anders als bisher für die Konsumvereine gewinnen. — Braun: Die Groß-Hamburg-Frage ist durch Parteitagsbeschlüsse nicht zu erledigen, wie die Hamburger Genossen glauben. Was Dr. Südekum schreibt, dafür sind unsere Genossen in der preußischen Regierung nicht verantwortlich zu machen. Die Arbeiter stehen sich unter preußischer Hoheit nicht schlechter als unter hamburgischer. Das Problem Groß-Hamburg wäre sehr leicht dadurch zu lösen, daß Hamburg preußisch würde, aber dieser Gedanke ist zu vernünftig, als daß er irgendwie in der Politik durchzuführen wäre. — Frau Rudolf-Offenbach: Die Männer und Frauen auf dem Lande sind besonders schwer zu bearbeiten. Das Versammlungswesen läßt dort zu wünschen übrig. Deshalb können wir dort im allgemeinen Agitationsmittel nicht aufbringen. Aus der Praxis weiß ich, daß Elternabende mit Erörterung von Erziehungsproblemen uns sehr viel Nutzen gebracht haben. Das ist nicht Mangel an Bekennermut, sondern wir gehen da die Wege, die unsere Gegner bereits mit Erfolg beschritten haben. — Leuteritz-Hamburg: Braun hat es leicht gehabt, vor einem Forum, das die Hamburger Verhältnisse nicht kennt. Hamburg kann seines Berufes als deutscher Welthafen wegen niemals seine Selbständigkeit aufgeben. Wir sind für eine organische Neugliederung des Reiches und erwarten eine Förderung des Problems durch Annahme unseres Antrages auf Einsetzung einer Kommission. — Wimmer-München: Der Parteivorstand hätte viel kräftiger dem Lebensmittelwucher durch Einleitung besonderer Aktionen entgegentreten müssen. Auch die Reichstagsfraktion wird energische Schritte unternehmen, um die Preise für Lebensmittel und Bedarfsartikel auf einem erträglichen Niveau zu halten. Redner wünscht, daß bei den Besoldungserhöhungen der Parteibeamten nicht das Prinzip der Reichsbesoldungsordnung angewendet wird, das unten zu wenig und oben zu viel gibt. — Scholich-Breslau: In dem Schrei um die Neugliederung des Reiches sollen wir unsern obersten Grundsatz, die Geschlossenheit und Einheit des Reiches, nicht vergessen. Im übrigen ist es aber das Zweckmäßigste, die Erörterung der ganzen Materie einer Kommission zu überlassen. Redner verteidigt dann die Koalitionspolitik in Preußen. — **Die Not der Parteiorganisationen und der Parteipresse** ist so groß, daß wir liquidieren müssen, wenn die Opferwilligkeit unserer Genossen das nicht frühzeitig zu verhindern in der Lage ist. Die Kritik an der „Neuen Zeit", die auf dem Parteitag geübt wurde, ist bedenklich. Wenn gesagt wird, wir sollten nicht immer die Schlagworte von 1914 gebrauchen, so bin ich damit einverstanden. Wir wollen aber nicht alles vergessen, was früher unser geistiges Rüstzeug war. Wir dürfen uns nicht die Dialektik der Stinnespresse zu eigen machen, sondern durch Schulung der Massen im sozialistischen Geiste erziehen. Dazu brauchen wir ein wissenschaftliches Organ. — Dr. Grothian-Berlin: Die preußische Verwaltungsreform, die im kommenden Winter die preußische Landesgesetzgebung beschäftigen wird, ist nicht lediglich Sache Preußens, sondern eine Sache des ganzen Reiches, da dadurch die Gestaltung der Demokratie im ganzen Reiche von der Demokratie in Preußen abhängig ist. Wir müssen eine echte Demokratie nach dem Vorbilde der Schweiz schaffen. (Lebhafter Beifall.)

Der Vorsitzende Wels schließt die Sitzung um 6 Uhr abends. Weiterberatung Dienstag vormittag 9 Uhr.

(Dienstagssitzung.)

SPD. Augsburg, 19. September. (Drahtber.)

Die Diskussion wird fortgesetzt.

Eggert-Dresden begründet den Antrag auf Einsetzung eines volkswirtschaftlichen Ausschusses und verlangt, daß die Pensionskasse der Parteiangestellten mit der Pensionskasse des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes vereinigt wird. — Frau Bollmann-Halberstadt tritt dafür ein, daß in den Bezirken, wo es irgend möglich ist, Bezirkssekretärinnen für die Frauen angestellt werden.

Sodann nimmt das Wort **Reichswirtschaftsminister Genosse Schmidt**, der sich über

sozialdemokratische Innenpolitik

wie folgt verbreitet: Im Laufe der gestrigen Debatte ist von einem „Schlagwort der Sozialisierung" und von einem „Schlagwort der Erfassung der Sachwerte" gesprochen worden. Ich habe allen Anlaß, gegen diese Darstellung entschieden Einspruch zu erheben. (Sehr richtig!) Es darf nicht auf eine Stigmatisierung lange geforderter Grundsätze hinausgehen. Die Frage der **Sozialisierung**, die Frage der **Erfassung der Sachwerte** wird zu einem Schlagwort nur für denjenigen, der in die tieferen Vorgänge unseres Wirtschaftslebens keinen Einblick hat. Was verstehen wir unter Sozialisierung, unter Sozialismus? Nichts anderes, als die **Beseitigung des kapitalistischen Systems** und aller damit verbundenen üblen Erscheinungen. Wenn ein Redner mit schönen Worten die Vorzüge der Demokratie schilderte, so ist das nur ein anderer Teil unserer politischen Forderungen, der aber nicht erschöpfend ist für die Sozialdemokratie. Wenn wir uns nur begnügen wollten mit der Demokratie, dann brauchten wir nicht Sozialdemokraten zu sein. (Sehr gut!) Die Demokratie finden wir auch bei den linksstehenden bürgerlichen Parteien. Die **Enteignung des Kapitalismus** können wir nicht in der gegenwärtigen Zeit durchführen, aber sie **bleibt unsere Forderung, bleibt unser Ziel.** Es ist das Wertvollste, was dem Sozialismus innewohnt. Wir können das System der kapitalistischen Produktionsweise nur dann beseitigen, wenn gewisse **Voraussetzungen vorhanden sind, wirtschaftliche und politische.** Das letztere ist es, was unsere Parteigenossen so oft übersehen. Die Erfüllung unserer Forderungen kann **nicht möglich werden in einem Koalitionskabinett, wo die Vertreter des kapitalistischen Systems die Mehrheit haben.** Es ist gerade in der Gegenwart außerordentlich stark zum Bewußtsein gekommen, wie notwendig eine Aenderung des kapitalistischen Systems ist. Wenn uns das für unsere zukünftigen Aufgaben nichts bedeuten sollte, dann könnten wir mit unserer sozialdemokratischen Auffassung einpacken. (Sehr gut!)

Die Erfassung der Sachwerte bedeutet einen Schritt vorwärts auf dem Wege zur Sozialisierung, denn gerade die gegenwärtige Zeit zeigt uns, daß die Sachwerte nicht entwertet worden sind. **Der Grund und Boden ist nicht entwertet,** er hat mit dem Lauf der Entwertung der Mark nichts zu tun. Es ist keine Entwertung des Besitzes in großen Fabrikeinrichtungen, großen Maschineneinrichtungen eingetreten. Der Kapitalismus und alle seine Erscheinungen sind keine wirtschaftliche Struktur, die für alle Zeit unantastbar ist. Es würde interessant sein, zu prüfen, welche Erfahrungen auf diesem Gebiete der russische Kommunismus gemacht hat. **Gegenüber den phantastischen Ideen des russischen Kommunismus** sind wir durchaus auf dem Boden dessen geblieben, **was zu erreichen ist.** Die großen Unternehmungen, die zum Teil von Staat und Gemeinde mit unserer Hilfe geleitet werden, arbeiten viel billiger als sie unter kapitalistischer Verwaltung arbeiten würden.

Was unsere Stellung zu den Bauern anbetrifft, so muß ich sagen, **daß wir der Landwirtschaft reichlich viel gegeben haben.** (Lebhafte Zustimmung.) Die Landwirtschaft fühlt lange nicht die volle Entwertung der Mark, und ein großer Teil der Produktionskosten der Landwirtschaft ist auch nicht in der Weise gestiegen, wie die Kosten in anderen Unternehmungen. Die Landwirte sind heute zu einem großen Teile entschuldet. (Sehr richtig!) Sie haben auch in ihrem eigenen Haushalt nicht die großen Kosten wie wir aufzubringen. Wir sehen heute einen **Ueberfluß gerade in landwirtschaftlichem Besitz.** (Zustimmung.) Wenn wir von den Arbeitern fordern, daß sie mit einem 60- bis 80fachen Lohn auskommen müssen, dann ist es keine unbillige Forderung, wenn wir sagen, daß auch die Landwirte im Interesse der Allgemeinheit mehr leisten müssen.

Es gibt auch sehr viele einsichtige Leute in der Landwirtschaft, die diesen Zustand als durchaus ungesund betrachten. Wenn wir zur Landagitation hinausgehen, dann werden wir dort auch nichts von unserer Werbekraft einbüßen, wenn wir billigerweise von den Landwirten verlangen: **Ihr müßt Eure Ansprüche etwas zurückstellen.** Ihr könnt nicht restlos den Markt in der Preisbildung ausschöpfen. Wenn wir das besonders der Landarbeiterschaft sagen, dann können wir auf Verständnis für den Sozialismus rechnen, und wenn wir uns sehr eindringlich mit der Siedlungsfrage beschäftigen, die auch eine Bauernfrage ist, so liegt auch darin Werbekraft für den Sozialismus.

Sächsischer Wirtschaftsminister Fellisch polemisiert gegen Sollmanns Ausführungen, der sich auf Warenökonomie, nicht aber auf Menschenökonomie eingestellt habe. Sollmann hat hier Argumente vorgebracht, die wir als Argumente der Agrarier im 20er Ausschuß des Reichstages noch am Sonnabend auf das schärfste bekämpft haben. **Kein Stand ist heute wirtschaftlich so gut gestellt, wie der Bauernstand.** Wir sollten doch in unsern Ausführungen nicht immer den Gedankengängen der bürgerlichen Politiker folgen, sondern **sozialistische Gedanken den Massen beibringen. Wir sollten auch nicht** zu sehr die nationale Politik unterstützen, das besorgen die andern schon. (Zuruf: „Kommt ins besetzte Gebiet!") Redner spricht im Zusammenhang mit der Agrarpolitik noch über Sozialisierungsprobleme. — Kranold-Hannover: Es gibt leider auch bei uns noch Leute, die an den **Segen der freien Wirtschaft glauben.** Wir müssen in wirtschaftspolitischem Sinne am Marxismus festhalten. Diejenigen, die die Bestrebungen auf eine Neugruppierung des Reiches unterstützen, verkennen ganz, daß es in Deutschland nur eine Macht gegen die reaktionären Bestrebungen in Bayern gibt, das ist der preußische Staat.

Die polnisch-litauischen Beziehungen.

SPD. Warschau, 17. September.

Die zum polnischen Staatsgebiet aus der Zeit vor der ersten Teilung Polens gehörigen östlichen Stämme: Litauer, Weißrussen, Ukrainer, sind durch diesen staatlichen Zusammenhang zum Teil katholisiert und polonisiert worden, vor allem natürlich an den ethnographischen Grenzen Polens. Das polnische Adelsregiment verstand es, diese Polonisierung von oben her zu beginnen. Der Bauer und Landarbeiter dagegen haßte in dem Gutsherrn nicht nur den sozialen Bedrücker, sondern auch den Fremdstämmigen. Der Gegensatz des erwachenden nationalen Bewußtseins der Nachbarvölker Polens gegen polnische Bevormundung war daher besonders groß. Heute sehen wir bei allen diesen Grenzvölkern Polens dasselbe Bild. Eine teils zugewanderte, teils assimilierte Oberschicht katholischer Konfession in den an Polen grenzenden Streifen fühlt polnisch, das Volk in seiner Gesamtheit dagegen kämpft um seine staatliche Freiheit.

Von Litauen ist tatsächlich ein großes Stück mit der alten litauischen Hauptstadt Wilna ziemlich stark polonisiert. Dieses Gebiet hat Polen auch widerrechtlich durch den Handstreich des Generals Zeligowski im Herbst 1920 okkupiert und sich, ebenfalls eigenmächtig, Ende vorigen Jahres, einverleibt. Damit hat es sich aber zugleich Litauen zu einem unversöhnlichen Feind gemacht. Polen, im glücklichen Besitz des geraubten Wilnalandes hat immer und immer wieder versucht, mit Litauen direkte Verhandlungen anzuknüpfen. Litauen hat daraufhin stets erst Räumung des Wilnaer Landes verlangt. Schließlich ist Polen der Schachzug gelungen, daß die Entente Litauen die Anerkennung de jure anbot unter der Bedingung, daß Litauen der im Versailler Vertrag vorgesehenen Internationalisierung des Memelstromes zustimme. Aber Litauen war sich darüber klar, daß es damit nicht nur Polen den wirtschaftlich wichtigen Holztransport auf der Memel freigäbe, sondern auch den polnischen Besitz des Oberlaufs der Memel im Wilnauer Lande anerkenne. Es erklärte sich daher grundsätzlich zur Internationalisierung der Memel bereit, stellte aber wieder die Vorbedingung der Räumung des Wilnauer Landes durch Polen.

So wäre die polnisch-litauische Frage auf dem toten Punkt, wenn nicht über Polen die Gefahr schwebte, daß die Entente, der die Regelung der Ostgrenzen Polens vorbehalten ist, Polen wegen seines eigenmächtigen Vorgehens gegen Litauen noch Schwierigkeiten bereiten könnte. Diese Gefahr ist gegenwärtig aktuell. Der Völkerbund hat über die Wilnaer Frage für Polen sehr ungünstig lautende Berichte an seine Mitglieder versandt und hat außerdem die Aufgabe übernommen, den an der Grenze des Wilnaer Landes gegen Polen noch bestehenden neutralen Streifen zu liquidieren. Eine lebhafte Agitation in Polen, die natürlich gegen Litauen besonders mit dem Vorwurf der Konspiration mit Deutschland arbeitet, zeigt die polnische Besorgnis. Nun liegt ja in der Wilnaer wie in der ostgalizischen Frage die Sache so, daß Polen zweifellos Rechtsansprüche nicht besitzt, aber auch niemand in der Lage ist, ihm sein unrechtes Gut abzunehmen. Aber bezeichnend ist dieses für Polens Verhältnis zu fast allen seinen Nachbarn typische Beispiel doch, und früher oder später kann sie wohl für Polen peinliche Konsequenzen haben.

Timofejew lebt noch.

Die Auslandsdelegation der Sozialrevolutionären Partei hat von ihrem Zentralbureau aus Moskau am 9. September eine Benachrichtigung über die Gerüchte darüber erhalten, daß der im „Innern Gefängnis" sich befindliche E. M. Timofejew einen Selbstmordversuch unternommen habe, der aber keinen tödlichen Ausgang gehabt hat. Die zum Tode Verurteilten befinden sich nach wie vor in strengster Isolierung, was zum Aufkommen bedrohlicher Gerüchte Anlaß gibt. Auf alle Anfragen hat sich bis jetzt die Sowjetregierung in Schweigen gehüllt. In allen russischen und ausländischen kommunistischen Zeitungen stand kein Wort über das Schicksal E. M. Timofejews und dieses bedrohliche Schweigen bestätigte nun die düstersten Annahmen. Womit erklärt sich diese Zurückhaltung im Dementieren?

Zeitungstod. Nachdem die „Tägliche Rundschau" vor kurzem wegen wirtschaftlicher Schwierigkeiten ihres alten Verlages in den Verlag der „Deutschen Allgemeinen Zeitung" übergegangen war, hat sie sofort neun Zehntel des Inhalts der „D. A. Z." übernommen. Seit einigen Tagen erscheint sie vollkommen identisch mit der „D. A. Z.", nur durch den Kopf von ihr unterschieden. Der frühere Herausgeber zeichnet nicht mehr. Der Verlag aber wendet sich an die Leser mit der Bitte, ihre Freundschaft auf die „Deutsche Allgemeine Zeitung" zu übertragen. Damit ist die „Tägliche Rundschau" tatsächlich eingegangen.

Volkswirtschaft.

Viehmärkte.

Hamburg, 19. September.

Schweinemarkt.

Von der Landwirtschaftskammer für die Provinz Schleswig-Holstein, Geschäftsstelle Altona, wird mitgeteilt:

Es wurde gezahlt für 50 Kg. Lebendgewicht: Beste Fettschweine über 250 Pfd. 15 500—16 000 Mk., mittelschwere Ware über 220 Pfd. 14 600—15 400 Mk., gute leichte Ware von 180—220 Pfd. 12 500—14 000 Mk., geringere Ware 10 000—12 000 Mk., beste Sauen 14 000—15 000 Mk., geringere Sauen 10 000—12 500 Mk. Zufuhr: 2730 Schweine. — Das Geschäft mit Schweinen war ruhig, mit Kälbern gut.

Kälbermarkt.

Es wurde gezahlt für 50 Kg. Lebendgewicht: Doppellender 10 500—12 500 M, feinste Mastkälber 9500—10 000 M, mittlere Mastkälber 7500—9400 M, geringere Kälber 6000—7000 M, nüchterne Kälber 6000—7000 M. Zufuhr: 1350 Kälber.

Devisen-Kurse.

Berlin, 20. September.

Amtliche Devisennotierung an der Berliner Börse.

		19. Septbr.	18. Septbr.
Amsterdam	100 fl.	56928.75	57428.10
Brüssel (Antwerpen)	100 Frs.	10536.80	10661.65
Kristiania	100 Kr.	25168.50	25218.40
Kopenhagen	100 Kr.	30362.—	31061.10
Stockholm	100 Kr.	38851.50	39051.10
Helsingfors	100 finn. Mk.	3136.05	3235.95
Rom	100 Lire	6207.20	6217.20
London	1 £	6506.85	6591.75
New York	1 Doll.	1473.15	1490.63
Paris	100 Frs.	11235.90	11260.90
Zürich	100 Frs.	27665.35	27865.10
Madrid	100 Pesetas	22372.—	22396.95
Wien	100 K.	1.86½	1.95¼
Prag	100 K.	4644.15	4893.85
Budapest	100 K.	55.93	58.92

Sprechsaal.

(Für den Inhalt dieser Rubrik übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keine Verantwortung.)

Die wirtschaftliche Notlage im Lichtbildgewerbe.

In 36 Städten sind die Lichtbildtheater geschlossen worden, da dieselben nicht mehr existenzfähig sind. Das beweist die Tatsache, daß die Theater sogar während eines der besten Geschäftsmonate des Jahres geschlossen haben. Sie könnten die hohe Lustbarkeitssteuer einfach nicht tragen. Diese Steuer ist derjenige Faktor, welcher in kurzer Zeit es allen Unternehmern unmöglich machen wird, die Betriebe weiter aufzuhalten. Sollten in der einen oder der anderen Stadt, in welcher die Theater sich in einem Proteststreik gegen die Lustbarkeitssteuer befinden, diese wieder geöffnet werden, ohne daß die Steuer ermäßigt worden ist, so steht unumstößlich fest, daß dieses Weiterarbeiten nur von kurzer Dauer sein kann. Das vollkommene Hinschwinden des Betriebskapitals führt ganz von selbst zur Wiederschließung. Das gilt auch für Lübeck. Im Jahre 1914 kostete hier der Eintrittspreis für den niedrigsten Platz 35 Pfg. Bei der augenblicklichen Geldentwertung müßte derselbe 87,50 Mk. kosten. Bei dieser Berechnung ist nicht etwa der Dollarkurs zugrunde gelegt, sondern nur der Reichsgoldankaufswert. Würde die Berechnung nach dem Dollarkurs stattfinden, so würde sich der Betrag von 87,50 Mk. fast noch verdoppeln. Zu der Summe von 87,50 Mk. kommt noch 30,65 Mk. Lustbarkeitssteuer. Es müßte also heute der unterste Platz 118,15 Mk. kosten, und nicht wie es der Fall ist 20,25 Mk. Die Geldentwertung hat nach dem Reichsgoldankaufswert bereits die Ziffer 250 erreicht, die Eintrittspreiserhöhung erst das 43fache. Naturgemäß sind aber die Unkosten für die Theater erheblich gestiegen. Der hiesige Verband der Lichtbildtheater wird gezwungen sein, an die zuständige Stadtbehörde heranzutreten, um eine Herabsetzung der Lustbarkeitssteuer zu erwirken, und hofft zuversichtlich, daß diesem nur zu berechtigten Wunsche nachgegeben wird. Würde die Behörde dieses nicht tun, so wird den Unternehmern die Existenzfähigkeit vollkommen genommen. Gleichzeitig sei bemerkt, daß in der allernächsten Zeit die Eintrittspreise in allen Betrieben bedeutend erhöht werden müssen.

Ein Kinobesitzer.

Briefkasten.

D. P. Laut Verordnung vom 29. August ds J. sind die vom 26. Juni 1922 festgesetzten Schornsteinfegergebühren mit Wirkung vom 15. August um 30 Prozent erhöht worden.

Neue Bücher.

Wie lerne ich schneidern? Große Ersparnisse kann jede Frau, jedes junge Mädchen erzielen, wenn sie in der Lage ist, die Garderobe für sich oder für die Kinder selbst anzufertigen. In neuer, verbesserter Auflage erscheint ein praktisches Lehrbuch zur Selbstanfertigung der Damen- und Kinderkleidung unter dem Titel „Wie lerne ich schneidern?" in 20 vierzehntägigen Lieferungen zum Preise von je 25 Mk. Frauen, die den Wunsch haben, die Schneiderei zu erlernen, ist dieses Werk ein praktischer, leicht verständlicher Ratgeber und ein wertvolles Nachschlagewerk über das Gebiet der Schneiderei. Zahlreiche klare Abbildungen veranschaulichen das Wissenswerteste und sorgen zum leichteren Verständnis des Textes. Auch Frauen, welche das Schneidern bereits gelernt haben, finden in diesem Werk noch zahlreiche Anregungen. Zu beziehen sind die Lieferungen durch den Verlag W. Vobach u. Co., Leipzig und die Buchhandlung des Lübecker Volksboten.

Verantwortlich für Politik, Volkswirtschaft und Feuilleton i. V.: Hermann Bauer; für den übrigen Teil: August Schulz; für Inserate: Heinrich Steinberg. Verleger: Heinrich Steinberg. Druck von Friedrich Meyer & Co., sämtlich in Lübeck.

Amtlicher Teil.

Nachtrag

zur Bekanntmachung zur Verordnung über die Aufbringung der Mittel für die Kohlenwirtschaftsstellen vom 31. Mai 1920 (R.G.Bl. 1920 S. 1107).

In Ergänzung der Bekanntmachung vom 12. Juli 1920 zur Verordnung über die Aufbringung der Mittel für die Kohlenwirtschaftsstellen vom 31. Mai 1920 wird für den Bereich der Kohlenwirtschaftsstelle Hamburg mit Ermächtigung eines Hohen Senats von Hamburg als dienstaufsichtsführender Landesregierung und im Einvernehmen mit den übrigen beteiligten Landesregierungen folgendes bestimmt:

Die §§ 1 und 4 Abs. 2 dieser Bekanntmachung erhalten mit Wirkung vom 1. August 1922 ab folgende Fassung:

§ 1.

a) Die Beiträge betragen für:

Steinkohlen, Steinkohlenbriketts, Koks } Mk. 2.— für die Tonne

Braunkohlenbriketts, böhmische Braunkohlen } Mk. 1.30 für die Tonne

Schlammkohlen, Steinkohlengrus, Koksgrus, Rohbraunkohlen } Mk. 0.50 für die Tonne

b) Großverbraucher erhalten auf diese Beiträge einen Nachlaß in der Weise, daß Beträge zwischen Mk. 800.— und Mk. 1000.— nur mit Mk. 800.— in Anrechnung gebracht werden, während bei allen Beträgen über Mk. 1000.— ein Nachlaß von 20 % abgezogen wird.

§ 4 Abs. 2.

Wird die Zahlung nicht innerhalb dieser Frist bewirkt, erfolgt Mahnung gegen eine besondere Gebühr von Mk. 10.—. Bleibt auch die Mahnung erfolglos, so werden die zu zahlenden Beiträge nach den Grundsätzen über die Beitreibung öffentlicher Abgaben beigetrieben.

Hamburg, den 15. September 1922.

Kohlenwirtschaftsstelle Hamburg.
gez. **Platz.**

7072)

Handelsregister.

Am 19. September 1922 ist eingetragen bei der Firma Gemeinnützige Bau-Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Travemünde. Travemünde: Durch Beschluß der Gesellschafter vom 23. August 1922 ist der § 17 des Gesellschaftsvertrages geändert. (7071

Lübeck. **Das Amtsgericht, Abt. II.**

Bekanntmachung.

Auf Veranlassung der Gewerbeschule Vorführung eines Films über Fabrikation von Kugellagern und deren Verwendung

von Sonnabend, den 23. bis Freitag, 29. September

täglich vormittags von 10 bis 12 Uhr in der Stadthalle.

Interessenten aus Handwerk und Industrie haben gern Zutritt. (7085

Die Gewerbekammer.

Nichtamtlicher Teil.

Heute entschlief sanft nach kurzer schwerer Krankheit mein lieber Mann, unser guter Vater, Schwiegervater u. Großvater

Heinrich Holtfoth

im 74. Lebensjahre.
Tief betrauert im Namen aller Angehörigen (7095

Louise Holtfoth geb. **Molge.**

Lübeck, 19. Sept. 22.
Lützowstr. 44.

Trauerfeier: Freitag, d. 22. Septbr., nachm. 3 Uhr, Kapelle Vorwerk.

Möbl. Zimmer sofort od. spät. v. Herrn ges. Ang. u. A 412 a. E. (7092

Solid. Handwerker sucht möbl. Zimmer, Stadtmitte od. Burgt. bevorz. Ang. u. A 413. (7093

Grammophon gesucht. W. Pr. u. A 415 a. E. (7103)

Guter unmod. Damen-Mantel z. verk. (7074
Dornestraße 40 b, Eing. Emilienstraße.

Küchent. u. Stuhl z. v.
7106) Fackenb. Allee 46,I.

Gartenland, pass. für 1 od. 2 Gärten v. zwei Selbstkäufern z. kaufen gesucht, Holstent.-Nord. Angeb. u. **A 414.** (7097

Für die Schulden meiner Frau hafte ich nicht.
Johann Kackmann,
7088) Hundestr. 4.

2000 Mk.
zahle ich dem, der mir den Täter, d. m. d. Obstbäume in Moisling ruiniert hat, so namhaft macht, d. ich ihn bel. k.
Brennkamp, Stadenstr. 49.
(7102)

Junge gesucht
nach dem Lande.
Meldung **Brauer,** Brömbsestr. 9. (7091

Konsumverein
für Lübeck und Umgegend e. G. m. b. H.

Sehr wichtig!

Am 30. September d. J. schließen wir unser Geschäftsjahr 1921/22. Wir bitten daher nochmals, die noch rückständigen Geschäftsanteile **vorher** einzuzahlen. Der Geschäftsanteil beträgt 800 Mk. und bleibt Eigentum des Mitgliedes.

Ferner ersuchen wir, die Rückvergütungskarten in Ordnung zu bringen und das Mitgliedsbuch bereit zu halten, da die Ablieferung in der Zeit vom 1.—10. Oktober unbedingt erfolgen muß.

Näheres wird zur Zeit noch bekannt gegeben. (7086

Der Vorstand.

Schönheit
keine Sommersprossen
nur durch
DOERING'S EULEN-SEIFE
Doering & Co.
Frankfurt a. M.
7075

Alt-Eisen, alte Maschinen, Dampfkess. j. Art, Guß- u. Schmiedeeisen, Späne, Schmelz-Gußbruch.
Alt-Metalle, Kupfer, Messing, Zink, Blei, Stanniol, Späne
L. Lissianski, Lübeck, Obertrave 19. Fernspr. 876. Großhandel. Kleinhandel.
Felle, Tierhaare, Papier usw. kaufe laufend ab jed. Ort jeden Posten. — Beste Absatzquelle für Händler, Klempner, Schmiede. Fabrikationsbetriebe. (7077

Brillanten, Perlen
ganze Läger sowie auch lose Ware
E. Z. Lübeck
kauft zum Riesen-Auslandskurs (7079
Frick, Pfaffenstr. 2, 1. Etage

Essig — Weinessig — Senf
die gute Buchsche Ware. (7089
Verkaufsstelle bei Wegener, Wahmstraße 10.

Wir stellen noch einige Schlosser- u. Dreher-
Lehrlinge ein.
Feldbahnfabrik Reiß, Rosenstern & Co.
Schlutup. (7053

Zeitungs-austrägerin
für den Burgtorbezirk gesucht. (7101
Zu melden vorm. von 8—11 Uhr.
Lübecker Volksbote.

Leder
Lederausschnitt
Ersatzsohlen in haltbaren Fabrikaten
— für Wiederverkäufer —
C. Grimm Nachfl.,
Lederhandlung und Schäftefabrik. (7078

Steppdecken
Anfertig., Aufarbeiten u. Neubeziehen.
Spetzmann, Breite Str. 31

Das auf Parteitagsbeschluss angefertigte
Partei-Abzeichen
in Form einer schmuckvollen metallenen Anstecknadel ist in der Buchhandlung des Lübecker Volksboten zu haben.
Preis Mk. 20.—
Das Wahrzeichen der Sozialdem. Partei trägt jeder überzeugte Genosse!

Visitenkarten
werden in modernster Ausführung angefertigt bei
Fr. Meyer & Co., Johannisstr. 46.

Gewerkschaftshaus

Lübeckisches Sinfonie- und Stadttheater-Orchester.
Donnerstag, den 21. Septbr.
7½ Uhr:
Richard Wagner Abend
Dirigent: **Hans Millies.**
Solisten: Frl. **Döhle,** Sopran.
Herr **Hartmann,** Bariton.

Da bei dem geringen Eintrittspreis von **10.— Mark einschl.** Steuer und Programm der Besuch ein großer sein wird, wird empfohlen, Vorverkaufsstellen zu benutzen. (7094

Vorverkauf bei Buse vis-à-vis Karstadt, Borchert, Breite Straße 65, Barnekow, Hüxterdamm, Basson, Beckergrube, Konsumvereinswarenabgabestellen und Gewerkschaftshaus.

Konditorei **Starke** Kaffeehaus
Königstr. 25 Teleph. 8860
Täglich von 10 Uhr früh: **Frisches Gebäck!**
Ab 4½ Uhr nachm. die berühmten (7082
Raff-Zdenko-Künstler-Konzerte.

Morgen Donnerstag:
Großer Stimmungsabend
mit Ueberraschung für Damen im
Café Spaßvogel
Dankwartsgrube 13. (7105

Konsumverein für Lübeck u. Umg.
e. G. m. b. H.
Umständehalber kann die angekündigte öffentl. Versammlung am Sonnabend, dem 23. September nicht stattfinden. (7096) Der Vorstand.

Gemeinnützige Arbeitsgenossenschaft „Lübeck"
e. G. m. b. H.
Freitag, den 22. Septbr., abends 7½ Uhr:
Außerordentliche Generalversammlung
im Gewerkschaftshaus.
Tagesordnung:
Erhöhung der Anteile.
Mitgliedsbuch oder Karte muß vorgezeigt werden.
7104) **Der Aufsichtsrat.**

Beitragsmarken
für Vereine, Gewerkschaften
fertigt an u. liefert prompt, preiswert und in jeder Ausführung
Buchdruckerei Friedr. Meyer & Co.
Johannisstraße 46.

Zahn-Praxis
W. Rylewsky
Breite Str. 7,
Telephon 1253.
Laboratorium sämtlicher zahntechn. Arbeiten, Umarbeiten schlecht sitzender Gebisse, Reparatur. 2c.
Auswärtige Patienten werden nach Möglichkeit an einem Tage fertigbehandelt. (7081

+ Magerkeit +

Schöne volle Körperformen durch unser „Regro" Kraftpulver in 6 bis 8 Wochen bis 30 Pfd. Zunahme. Garant. unschädlich. Ärztlich empfohlen. Streng reell! Viele Dankschreib. Preis Karton mit Gebr.-Anw. Mk. 60.—. Porto extra.
Alleinige Niederlage:
Adler-Apotheke,
Lübeck, Ob. Mengstr. 10.
(7080

S.-P.-D.-Beamte und Angestellte
(Asba.) 7099
Freitag, d. 22. Septbr., **abends 8 Uhr**
Mitglieder-Versammlung
Sehr wichtige Tagesordnung, u. a.: Bericht von der Beamtenbeiratssitzung in Berlin.
Erscheinen unbedingt erforderlich.

Trocadero.
Schüsselbuden 4.
Wiener Luft und Leben.
Beginn 8½ Uhr.
7084

Deutscher Transportarbeiter-Verband. (7098
Ortsverwaltung Lübeck.
Versammlung
der
Kohlenplatzarbeiter
und der
Weinarbeiter
Donnerstag, 21. Sept., **abends 7½ Uhr:**
im Gewerkschaftshaus.
Tages-Ordnung:
Stellungnahme zum Lohntarif.

Fledermaus
Anfang **8.30 Uhr.**
(7087

Versammlung
der
Kraftfahrer
Donnerstag, 21. Sept., abends 7½ Uhr, im Lokale des Herrn **P. Richter,** Markthalle.
Tagesordnung:
Innere Verbandsangelegenheiten.
Die Ortsverwaltung.

Hansa-Theater.
Heute Mittwoch, 7½ Uhr: (7073
Die Puppe.
Donnerstag 7½ Uhr:
Die Bajadere.
Freitag 7½ Uhr:
Die Puppe.

Café „Vaterland"
Täglich Konzert
der (7090
Hamburger Künstler-Vereinigung.
Direktion: **Adolf Martens**

Stadttheater Lübeck
Mittwoch, 20. Septbr., 7.30 Uhr: Ab. C. **Fra Diavolo.**
Donnerstag, 21. Septbr., 7 Uhr: Ab. C. **Fiesco.** Zum letzten Mal.
Freitag, 22. Sept., 7.30: Ab. C. **Der Musikant.** Oper von Bittner.
Sonnabend, 23. Septbr., 7.30: Vorst. f. d. Volksbühne: **Ulenspegel.** Einzelkarten an der Theaterkasse. (7100
Sinfonie-Konzert. Einlösung d. Ab.-Karten am Donnerstag, d. 21. Sept., nachm. von 3.00 bis 5.30 a. d. Theaterk

Lübecker Volksbote

1. Beilage. Mittwoch, 20. September 1922. Nummer 220.

Freistaat Lübeck.

Mittwoch, 20. September.

Herbstregen.

Nun laß uns, mit gedämpften Nieren
Und stark elegisch eingestellt,
Vom Fenster auf den Regen plieren,
Der draußen fällt.

Zerbrich dir aber nicht den Bregen,
Weshalb es dauernd strullt, mein Lamm.
In jedem Jahr gehört der Regen
Zum Herbstprogramm.

Der Dichter mit dem Lyrikkimmel
Klagt freilich, wenn er ihn belinst,
Daß, weil der Sommer türmt, der Himmel
Vor Wehmut plinst.

Ich aber sage schlicht und koddrig:
Das ist mal so bei dem Geschäft!
Heut ist es trocken, morgen moddrig —
Wie's gerade trefft!

Mal schmort die Sonne uns den Puckel,
Mal bibbert man im Regenmatsch.
Es ist in jedem Herbst, mein Schnuckel,
Derselbe Quatsch!

Altro.

Das Elend in den Arbeiterfamilien.

Einen erschreckenden Einblick in die ganze Größe des herrschenden Bekleidungselends gewähren uns die Zahlen, die das Reichsgesundheitsamt in einer Denkschrift niedergelegt hat. Darnach hatten zu Beginn des Jahres 1920 in Berlin z. B. **25 Prozent aller Kinder keine Mäntel, 28 Prozent keine Schuhe. In vielen Familien mußten die Kinder im Bett bleiben, weil keine Kleidung für sie da war.** Der Polizeipräsident von Berlin-Schöneberg meldete, daß **in manchen Schulen kein Kind ein ganzes Hemd trug,** vielfach war die Kleidung aus alten Decken, Vorhängen und dergleichen in der dürftigsten Weise zusammengeflickt. In Stralsund bestanden die Kleidungsstücke vieler Schulkinder **aus zusammengehefteten Fetzen; Strümpfe fehlten vielfach.** Aehnlich lauten die Berichte aus Minden und Breslau. Die Untersuchungen, die im Februar 1921 in den vier untersten Klassen der Volksschulen in Mannheim, Karlsruhe, Pforzheim und Heidelberg angestellt wurden, zeigten, daß **elf Prozent ungenügende Oberkleidung und 17 Prozent ungenügende Unterkleidung hatten. Ohne Unterkleidung waren 2 Prozent, keine Strümpfe hatten 1 Prozent. Das Schuhwerk war bei 17 Prozent ungenügend, manche Kinder hatten überhaupt keine Schuhe.** Dabei herrschte damals nur 1 Grad Wärme. Das sächsische Ministerium des Innern meldet, daß Schulkinder ohne Hemden keine Seltenheit sind. Im Bezirk Borna hat **bis zu ein Drittel der Klassen kein Hemd.** Oder die Kinder besitzen nur ein Hemd, das stark zerrissen ist. Ebenso wird aus Dessau, Lübeck und anderen Städten berichtet, daß die Verlumpung immer mehr fortschreitet. Die Kreisdirektionen Holzminden und Gandersheim stellten auf dem platten Lande einen fast noch größeren Mangel an Kleidung als in der Stadt fest. Und überall herrscht ganz besondere Not an Windeln, Leibwäsche usw. für Säuglinge.

Das ist das Los des Proletariats, Not über Not. Wie mag das erst heute sein, nachdem die Textilwaren um das Vielfache im Preise gestiegen sind. Warten können diese Armen nicht, bis die Verhältnisse einmal besser geworden sind. Noch mehr als bisher werden diese wirtschaftlich Schwachen sich da in Zukunft mit getragenen Kleidungsstücken versehen, die aber durch den Zwischenhandel auch eine höhere Summe kosten als nötig ist. Es wäre wertvoll, schreibt Dr. G. Hoffmann, wenn der Althandel in städtischen Eigenbetrieb übernommen würde, wie man seinerzeit in Hamburg das Ausleihen von Säuglingswäsche städtischerseits begonnen hat. Dadurch würden sich die Preise verbilligen und die Stadt könnte durch eine Desinfizierung der alten Sachen ein wertvolles Stück Gesundheitsfürsorge leisten. Denn es steht fest, daß durch diesen Althandel in vielen Fällen Krankheiten übertragen worden sind.

Es ist anerkennenswert, daß das Reichsgesundheitsamt jetzt zum ersten Male die ganze Größe der Bekleidungsnot statistisch belegt hat. Es gilt nun, auch die nötige Folgerung aus diesen traurigen Zahlen zu ziehen.

Gesinnungsschnüffelei. Uns wird geschrieben: Kürzlich erst wurde von der Führung schwarzer Listen über die Angestellten des Reichsfinanzministeriums berichtet, ohne daß die hierbei angegriffene Dienststelle, das Landesfinanzamt Kiel, sich hierzu äußerte, sodaß man annehmen darf, daß dieses reaktionäre Mittel auch heute noch bei republikanischen Behörden gang und gäbe ist. Ein weiterer Beweis hierfür scheint uns die unglaubliche Tatsache zu sein, daß in diesem Monat, d. h. vier Jahre nach der Revolution, ein Angestellter des Finanzamtes Wandsbek auf Anweisung des Landesfinanzamtes Kiel deshalb gekündigt wurde, weil er 1917 Fahnenflucht begangen haben sollte, deren Bestrafung bekanntlich durch das Amnestiegesetz der nachfolgenden republikanischen Regierung aufgehoben worden ist. Wie es dann noch möglich sein kann, daß eine republikanische Dienststelle das Amnestiegesetz der Republik in dieser Form mißachtet, ist uns unverständlich. Vielleicht sind Herrn Hermes diese Vorgänge der Gesinnungsschnüffelei unbekannt und empfehlen wir ihm, seine Verfügungen nach dieser Richtung hin noch einmal zu überprüfen. Daß der staatliche Schlichtungsausschuß Altona die Kündigung nur auf Grund der Verordnung vom 12. Februar 1920 und nicht des Betriebsgesetzes für unzulässig hielt, ist gleichfalls wert, der Oeffentlichkeit bekanntgegeben zu werden. Die Angestelltenräte gerade der Reichsbetriebe werden aus diesen Vorgängen die richtige Lehre ziehen müssen.

Nachbewilligung von 9 628 000 Mk. für die Betriebsbehörde. Der Senat stellt unter Zustimmung der Finanzbehörde zur Mitgenehmigung der Bürgerschaft: 1. daß der Betriebsbehörde a) für die Beschaffung und Aufstellung eines Kaskadenumformers 290 000 Mark, b) zur Erweiterung der betrieblichen Einrichtungen des Elektrizitätswerkes für die Beschaffung eines Dampfturbosatzes von 800 bis 1000 Kilowatt Generatorleistung und von sonstigem Zubehör 6 500 000 Mk., c) für die Erweiterung der Wandlerstation, die Verlegung einer Speiseleitung und den Ausbau und die Ueberholung des Ortsnetzes in Schlutup 290 000 Mk., d) für die Anlage eines Tiefbrunnens nebst Zubehör zur Versorgung Lübecks mit Grundwasser 2 208 000 Mk. und e) für Erneuerung der alten abgängig gewordenen Druckpumpmaschinen des Wasserwerkes Lübeck 340 000 Mk. nachbewilligt werden; 2. daß der Gesamtbetrag von 9 628 000 Mk. auf Anleihemitteln angewiesen werde.

Wieder Lübecker Notgeld. Die ungeheure Geldentwertung hat auch einen Mangel an Zahlungsmitteln hervorgerufen. Um diesem Geldmangel abzuhelfen, sind bekanntlich einige große Werke bereits dazu übergegangen, Gutscheine usw. herauszugeben. Das ist ein Nothbehelf, der auf die Dauer nicht bestehen bleiben kann. Das Reich, welches die Aufgabe hat, für genügend Zahlungsmittel zu sorgen, konnte in den letzten Wochen den Bedarf nicht decken. Die Reichsbank will nun ihre Notenausgabe auf sieben Milliarden Mark täglich steigern. Zurzeit werden für 3 Milliarden Mark neue Noten täglich in den Verkehr gebracht. Zu Lohnzahlungen sollen, um der Knappheit an Bargeld zu begegnen, daneben sogenannte Notscheine im Betrage von 100, 500, 1000 und 5000 Mk. dienen, die in diesen herausgebracht werden. Die momentane Geldknappheit wird dadurch aber nicht völlig behoben. Welch riesige Geldmengen gebraucht werden, geht daraus hervor, daß die Lübecker Großindustrie wöchentlich rund 80 Millionen Mark für Löhne verschlingt. Für Gehälter benötigt der Lübeckische Staat am 1. Oktober etwa 150 Millionen Mark. Um diesen Schwierigkeiten zu begegnen, hat der Senat die Genehmigung zur Herausgabe von 200 Millionen Mark Notgeldscheinen beim Reichsfinanzministerium beantragt. Die Erlaubnis ist erteilt worden. Lübeck gibt zum 1. Oktober zunächst 50 Millionen Mark in 500-Mark-Scheinen heraus. Um Fälschungen zu verhüten, werden die Scheine siebenfarbig sein. Man hofft, durch diese Maßnahmen den Zahlungsmittelmangel beheben zu können.

Lübeck-Büchener Eisenbahn. Am 8. Oktober tritt der Winterabschnitt des Fahrplans vom 1. Juni in Kraft, der gegen den Sommerabschnitt folgende wesentliche Aenderungen ergibt. Auf der Strecke Lübeck—Travemünde—Niendorf wird wie bisher im Winter der Strandbahnhof in Travemünde außer Betrieb gesetzt und die Sommerzeitzüge fallen fort. Es verkehren auch im Winter: Ab Lübeck Eilzug 9 Uhr 42 vormittags, an Travemünde 10 Uhr 11, an Niendorf 10 Uhr 34. Die Schnellzüge ab Hamburg 8 Uhr 20 und 9 Uhr 40 haben Anschluß an diesen Zug. Ab Travemünde (Stadt) Eilzug 10 Uhr 25 vormittags, an Lübeck 10 Uhr 53, Anschluß an den Zug nach Hamburg ab Lübeck 11 Uhr 3, an Hamburg 12 Uhr 25. Ab Niendorf 6 Uhr 23 morgens, an Hamburg 8 Uhr 50. Lübeck-Hamburg der Personenzug abends 9 Uhr ab Hamburg fährt ab 8. Oktober 20 Minuten später. Der Personenzug nachmittags 5 Uhr 15 ab Hamburg fährt nur Werktags. Eilzug ab Lübeck 9 Uhr 30 abends nur Sonn- und Festtags. Eilzug ab Hamburg 3 Uhr 10 nachmittags fällt ab 8. Oktober aus. Im Vorortverkehr Hamburg—Ahrensburg fallen die Sonntagszüge 99 S und 101 S, ab Ahrensburg 9 Uhr 20 und 10 Uhr 35 abends fort, während die Werktagszüge 70, ab Hamburg 6 Uhr 48 morgens und 71, ab Ahrensburg 5 Uhr 32 morgens, auch Sonn- und Festtags befördert werden. Auf der Strecke Lübeck—Büchen und Lübeck—Segeberg wird der gegenwärtige Fahrplan im Winter unverändert beibehalten. Der jetzige Fahrplan vom 1. Juni bleibt bis einschließlich Sonnabend, den 7. Oktober bestehen, so daß auch die Züge, die den Vermerk tragen: „Bis 30. September" noch bis zu diesem Zeitpunkt verkehren.

Zur Lohnbewegung auf den Seeschiffswerften. Die gestrige Notiz über die Lohnbewegung auf den Seeschiffswerften enthält insofern einen Irrtum, als es dort heißt, daß die neuen Löhne mit der Woche in Kraft treten, in die der 15. September fällt. Der Schiedsspruch sagt wörtlich: Die Löhne zu D 2 des Tarifvertrages betragen vom Zeitpunkt des Ablaufs des Lohnabkommens vom 5. 8. 1922 bis zum Ablauf der Lohnwoche, in die der 1. Oktober fällt, für sämtliche über 20 Jahre alten Arbeiter usw., das heißt also, daß die neuen Löhne erst nach Ablauf des durch Schiedsspruch vom 25. August festgelegten Abkommens in Kraft treten; in diesem Falle also am 19. resp. 20. September, je nachdem, wie die Lohnwoche beginnt. Dies ist auch den Kollegen in der Werftarbeiterversammlung am Sonnabend erklärt worden. Wir möchten es aber noch einmal ausdrücklich bekannt geben, damit bei den Kollegen kein Irrtum kommt.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.
A. Löwigt.

Die Dr.-Renner-Versammlung verschoben. Staatskanzler a. D. Dr. Renner-Wien, der bekanntlich am 23. September im „Konzerthaus Lübeck" über: „Staats- und Kommunal- oder Genossenschaftssozialismus" sprechen sollte, ist am Erscheinen verhindert. Die Versammlung wird um 1 Monat verschoben. (Siehe Inserat).

pb. **Ein blutiges Drama** spielte sich am Montag mittag in dem Hause Herrendamm Nr. 16 ab. Der dort wohnhafte Gärtner Heinrich Pingel lebte schon seit mehreren Jahren mit seinem bei ihm wohnhaften Stiefsohn Hans Schwabroch in Feindschaft. Diese Feindschaft rührt daher, weil der Stiefsohn Schwabroch nicht allein ein arbeitsscheuer, sondern auch ein rabiater Mensch ge-

---

Der Sprung in die Welt.

Ein Jung-Arbeiter-Roman von Artur Zickler.

12. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)

„Hamburg kann uns was, mein lieber Hans. Ich bin dafür, daß wir heute abend, solange es noch licht ist, im Hafen herumgondeln, uns dann in der Altstadt vergnügen und morgen früh die Landstraße unter die Beine nehmen. Bei den Bauern wächst Brot, vielleicht blüht uns in Bremen oder in Westfalen das Glück. In der Penne sind vier Mann, die morgen früh in die Heide wollen, denen schließen wir uns an."

Sie liefen der Stelle zu, wo die Jollenführer anlegten. Von den Docks her dröhnte und hämmerte es, die Schreie der Schiffspfeifen hallten über das Wasser, weit hinten lagen Amerikafahrer und heulten mit ihren Sirenen wie riesenhafte vorsintflutliche Tiere. Die Sonne schwebte, ein roter Ball, im ziehenden Rauch.

Der Jollenführer, mit Arbeitsvolk gepreßt übervoll, legte an, schwere Stiefel trampelten über die Balken der Landungsstelle, dann sprudelte wieder die Schraube, und am Bug, wo Hans und Rudi standen, rauschte die Flut mit weißem Gischt, daß der Wasserstaub ihre Gesichter näßte. Wie sicher doch das Kleinzeug der Boote, Schaluppen und Jollen durcheinanderschoß, auf dem durchwühlten Wasser sprangen glitzernde Lichter. Von Zeit zu Zeit legte das Schiff an, am Seemannsheim, am Baakenhöft, überall tobte klirrende, ächzende, fiebernde Arbeit. Im Segelschiffhafen wurde es etwas stiller, da lagen Zwei-, Drei- und Viermaster, um die Rahen taumelten weiße Möwen, hier wehte die Romantik Gerstäckerscher Erzählungen, die Hans in seiner Schulzeit verschlungen hatte. Wie gern wären sie jetzt an Bord einer Brigg gestiegen, um morgen die Außenelbe hinauszugleiten in die dunkelgrüne Nordsee . . .

Nach einer Stunde war ihr Groschen abgefahren, sie liefen über den Baumwall im gemachten Seemannsbreitschritt und spuckten den Saft eingebildeten Priems. Ueber der Altstadt prangten die Sterne, aber die sah niemand der Tausende, die sich durch die engen Gassen schoben. In den Bratküchen der Niedernstraße standen breithüftige Köchinnen mit schmierigen Schürzen und warfen die siedenden Kartoffelpuffer auf die andere Seite. Aus den Kneipen scholl Trompetentrara und Dudelmusik, und auch die Heilsarmee hatte hier ihr Quartier, ein Lichtkasten glühte blutrote Buchstaben in die Dunkelheit: „Jesus rettet — Jesus hilft!"

Hans und Rudi traten in ein Lokal, wo kurzröckige Musikantinnen auf langen Trompeten den Hohenfriedberger Marsch heruntertrompeteten. Mit Mühe fanden sie noch Platz. Trüb schwelte der Rauch um die Lampen, am Büfett stand ein dicker, fauler Wirt, blickte dösig auf seine Bierherde und ließ die Unterlippe herabhängen. Vor dem Büfett lehnte ein baumlanger englischer Schiffer, kippte einen Branntwein nach dem andern hinunter und nöhlte, als die Trompeten schwiegen: „It is a long way to Tipperary . . .". Die Schnäpse schienen sein Kraftgefühl enorm zu steigern, er krebste mit den Armen in der Luft herum und brüllte: „Goddam! I shall beat you . . ." Der Wirt kniff ein Auge zu und sagte: „Go home, Jonny!" Jonny went aber nicht home, sondern trat an einen der Tische und schlug dem nächsten der dort sitzenden Männer ins Gesicht. Im Nu war die Keilerei fertig, sechs Mann rannten gegen den Engländer an, dessen Arme wie Windmühlenflügel arbeiteten. Jonny blieb Sieger. Einer der Geschlagenen rief: „Ich werde den dicken Max holen!" und rannte weg.

Der Wirt wollte Jonny keinen Schnaps mehr geben, aber Jonny goß sich selbst ein, alles war auf die Weiterentwicklung der zweifellos handfesten Angelegenheit gespannt; denn es dauerte nicht lange, dann kam ein Mann mit einem Bullenhals herein, der wie ein einziger Muskel aussah. Max wurde mit hellem Gejohle begrüßt und schien schon im Bilde zu sein. Er trat an die Bar, ließ sich einen Schnaps geben und faßte den langen Jonny ins Auge. Der Engländer merkte etwas, hob den einen Windmühlenflügel und gab Max eine Maulschelle. Die Biermeute johlte. Max griff sofort an und schlug Jonny die Faust unters Kinn, daß es krachte. Dann hakte er den Engländer unter und hob ihn aus. Der ankerte noch mit den Armen und schlug Max auf den Kopf, bis dieser schließlich den Jonny packte und durch die Fensterscheibe auf die Straße warf. Das gab ein frenetisches Hallo. Der Engländer blutete wie ein Schwein, auf der Straße lief alles zusammen und lachte, das Lokal füllte sich zum Brechen, und während Jonny auf die Rettungswache gebracht wurde, feierte man Max als den König des Abends. Der Wirt machte nicht das schlechteste Geschäft dabei, denn die Fensterscheibe war versichert. Der Schnaps floß in Strömen, und ehe sie es sich versahen, hatten die Freunde einen Rausch.

Als sie auf die Straße traten, wackelten die Häuser, und die rote Heilsarmeelaterne hatte sich verdoppelt. In der Mühlenhofstraße griffen die Huren nach ihnen und versuchten, sie in die schwarzen Toreingänge zu ziehen, doch sie rissen sich mit scheuem Gelächter los, kanteten hart Backbord die Steinstraße entlang und landeten schließlich an der Außenalster.

Sie zählten vier Monde, die Sterne tanzten, als wäre der ganze Himmel betrunken. Die Lichterschlänglein auf dem Wasser rissen sich plötzlich komisch animiert, und Rudi sagte nur immer wieder mit dem Ausdruck maßlosen Erstaunens: „So ein Zustand! So ein Zustand!" Schließlich fanden sie eine Bank und spannen phantastisches Garn.

„Ach, Rudi, ich höre die Sterne sausen. Wir sind die heimlichen Könige von Europa . . ."

Rudi seufzte tief: „Ach ja, das sind wir beinahe . . ." Stand auf, taumelte zum Geländer und kotzte ins Wasser.

XXII.

Die Landstraße von Hamburg nach Bremen ist schnurgerade, sie rollt unter den Füßen ab wie ein Treibriemen.

Die Freunde waren in bunte Gesellschaft geraten. Da war zuerst ein Jüngling aus Meißen an der Elbe, etwa im gleichen Alter wie Hans. Er war zu Hause ausgerissen und führte die Reste der Portokasse eines Kolonialwarenhändlers bei sich. Sein Plan war gewesen, als Steward auf ein Schiff zu gehen, was fehlgeschlagen war. Jetzt wußte er selbst nicht, wo er hinwollte, er fiel von Angstzuständen in solche ausgelassenster Albernheit. Die Kleiderreserven baumelten in einem Pappkarton auf dem Rücken herum. Der zweite Gefährte, ein Tischler aus Rostock, war der Sehnsucht verfallen, als feiner Mann zu gelten. Er kniff sich Falten in die Hosen und besaß ein Rasierbesteck, das jeden Morgen in Funktion trat. Sein Herz gehörte den Frauen, und wenn man ihm glauben durfte, hatte ganz Rostock bei ihm geschlafen, soweit es jung und schön und weiblich war. Ein Schneider war auch dabei, der sich wie ein Mädchen benahm. Als bemerkt wurde, daß er ein Korsett trug, nahm es des Aufziehens kein Ende, und er wurde Amanda getauft. Sein bester Freund war Paul, ein gelernter Eisendreher, der nach seinen eigenen Angaben in die Welt zog, um das Schwein aufzuspüren, das die Arbeit erfunden hatte. Die Landstraße war schon seit Jahren seine Heimat, und er spielte sich darum, und weil er der älteste war, als Vater vom Ganzen auf. Jedenfalls war er der Schrittmacher, der peinlich darauf hielt, daß jeden Tag der vorgefaßte Streifen abgelaufen wurde, weil „alles in der Welt seine Ordnung haben müsse." Die „beiden Grünen" schloß er in sein Herz, und die Freunde schätzten ihn nicht minder, nachdem sie ihn als einen eigenartigen und kurzweiligen Gesellen erkannt hatten. Paul beschäftigte sich mit Gedanken, die niemand in dem Landfahrer gesucht hätte, er hatte sonderbare Anschauungen vom Dasein, aber die waren wohlbegründet und in langem Nachdenken erworben. Die Wanderschaft ging ihm über alles, er war ihr verfallen, sie war ihm Vorbedingung zum Leben, wie Luft und Essen und Trinken. Daß die Landstraße sein Schicksal war, das er mit dem Ernst des Mannes liebte, bewies schon sein Dahinschreiten, er hatte den weiten, beschwingten, ewig gleichen Schritt des geborenen Wanderers. Die Arbeit haßte er, wie er die Arbeitenden haßte, die Bürger, die Bauern, die Tagelöhner. Nur Wanderer, Kinder und Tiere liebte er, Blumen, Bäume und Berge und das große lockende Unbekannte hinter den Horizonten, dem er sich verschworen hatte. Seinen Beruf hatte er sicher schon längst vergessen. Wenn ihm Arbeit angeboten wurde, antwortete er höhnisch: „Arbeit würde mir Spaß machen — aber ich bin kein Freund von Späßen . . ." Das brachte ihm oft arge Beschimpfungen ein, über die er lachte: „Ich lasse ihnen den Glauben, daß sie besser sind als ich, sonst machen ihnen ihre Sorgen keine Freude mehr." Dabei war er nicht einmal faul oder lässig, er hielt sein altes Zeug, so gut es ging in Schwung und konnte, wenn es darauf ankam, geschickt und geschwind zugreifen. Seine hellen Augen suchten und fanden immer etwas Neues, und es war erstaunlich, wieviel Kenntnisse er sich durch unmittelbare Anschauung erworben hatte.

(Fortsetzung folgt.)

wesen sein soll, der ständig seinen Eltern auf der Tasche lag. Am Montag mittag waren beide, Pingel und Schwabroch, dabei beschäftigt, die hölzerne Giebelwand des Hauses auszubessern. Wegen eines Paares abhanden gekommener Militärstiefel, die Schwabroch beseitigt haben soll, wollen beide in Streit geraten sein. Schwabroch ist nun angeblich mit einem erhobenen Hammer auf seinen Stiefvater losgegangen. Um den gefährlichen Angriff abzuwehren, will Pingel mit einem Hammer, den er zum Nageln in der Hand hatte, nach seinem Stiefsohn geschlagen und ihn so unglücklich auf den Kopf getroffen haben, daß dieser wie tot zusammengebrochen ist. Die Leiche wollte Pingel aus Angst vor Entdeckung am Tatorte unter dem Heu versteckt haben. Hiervon wurde gestern in den Abendstunden der Kriminalpolizei Mitteilung gemacht. Die sofort aufgenommenen Ermittelungen stellten ein wesentlich anderes Bild dar, als von dem Gärtner Pingel angegeben. Die Leiche wurde zwar am Tatorte unter Heu versteckt vorgefunden, doch fand sich außer einer Kopfverletzung eine fest zusammengezogene Schnur um den Hals der Leiche, die ein deutlich sichtbares Strangulationsmerkmal hinterlassen hatte. In der linken Hand der Leiche wurde ein wenig zerdrücktes frisches Hühnerei vorgefunden. Pingel, über den neu aufgetretenen Sachverhalt nochmals vernommen, schilderte den Hergang der Sache wie vorher angegeben, doch will er, nachdem er seinen Stiefsohn erschlagen hatte, um ihn von Todesqualen schnell zu erlösen, mit einer Schnur, die er zufällig in seiner Tasche gehabt haben will, erdrosselt haben. Der festgenommene Gärtner Pingel dürfte sich daher wegen Mordes zu verantworten haben.

pb. **Wer ist die Tote?** Am Montag wurde in unmittelbarer Nähe des Krähenteiches am Dücker die Leiche eines ca. 7 bis 9 Jahre alten Mädchens vorgefunden, deren Identität bisher nicht festgestellt werden konnte. Die Kindesleiche trug grünen, neuen Flauschmantel, rotkarierte Bluse und dunkelroten, gestreiften Rock, weiße ungezeichnete Leinen-Unterwäsche, schwarze Strümpfe und ebensolche Schnürstiefel. Das hellblonde Haar war mit weißer Schleife zusammengehalten. In den Kleidern fand sich ein weißes Taschentuch, dessen eine Ecke das mit roten Wollfäden hergestellte Zeichen „F" aufweist. Personen, die irgendwelche sachdienliche Angaben über die Person des ertrunkenen Kindes machen können, werden gebeten, sich im Bureau der Kriminalpolizei zu melden.

Hinweise auf Versammlungen, Theater usw.

Stadttheater. Am Donnerstag zum letzten Mal: „Fiesco". Im Freitag-Abonnement wird zum ersten Mal eine Opernnovität für Lübeck zur Aufführung kommen: „Der Musikant", von Bittner. Bittner ist einer der bedeutendsten zeitgenössischen Opernkomponisten.

Angrenzende Gebiete.

Eutin. Eine schwere Bluttat im „Redderkrug". Ein junges Zigeuner-Ehepaar, das sich schon seit einigen Tagen in der Provinz Lübeck herumgetrieben hatte, war Montag auch zum „Redderkrug" gekommen. Hier traf es zusammen mit mehreren an der Oldenburger Chaussee tätigen Arbeitern. Bald hatte der Zigeuner ein Kartenspiel arrangiert, doch als im Verlaufe des Spiels einer der Arbeiter dem Zigeuner Falschspieler zurief und ein Wortgefecht entstand, griff der heißblütige Südländer zum Revolver und gab zwei Schüsse ab, wodurch ein Arbeiter sofort tot zusammenbrach und ein anderer einen schweren Steckschuß am Halse erlitt. Zwei telephonisch herbeigerufene Aerzte versahen den Schwerverletzten mit einem Notverband und ordneten seine Ueberführung zur Kieler Klinik an, wo man versuchen wird, das noch im Halse befindliche Geschoß zu entfernen. Der Zigeuner selbst erlitt im Handgemenge derartige Verletzungen, daß er in das Eutiner Krankenhaus eingeliefert werden mußte.

Hamburg. Eine halsbrecherische Diebestat führte ein Händler aus. Er drang in Altrahlstedt zur Nachtzeit in eine Fabrik ein, erkletterte von innen den Fabrikschornstein bis zur Spitze und sägte die Spitze des Blitzableiters ab. Außerdem nahm er einen Posten Kupferdraht mit. Auf der Rückfahrt entdeckte ein mit ihm im Wagen der Linie 1 fahrender Hamburger Kriminalbeamter die aus seinem Anzug herausschauende Stahlsäge und verhaftete ihn, wobei seine Tat herauskam.

Altona. Wegen Preistreiberei ist die Wucherpolizei in den letzten vierzehn Tagen in 41 Fällen eingeschritten. Beschlagnahmt wurden: zwei Zentner Weizenmehl, 6000 Paket Persil, 22 Drillichjacken, eine Pelzjacke, ein Schlüpfer, eine Manchesterhose. 22 Kleinhändler mußten wegen Zuwiderhandlungen gegen die Verordnung betreffend die Preisauszeichnung der Waren mit Strafverfügungen bedacht werden. In ungefähr 25 Fällen erwies sich der ausgesprochene Verdacht wegen Preistreiberei mit Zucker als nicht begründet.

Wandsbek. Die Wandsbeker Baukatastrophe hat im ganzen vier Todesopfer gefordert. Ein Schwerverletzter befindet sich noch in Lebensgefahr.

r. **Oldesloe.** Die Gesangvereine von Oldesloe und Reinfeld, beide Mitgliedschaften des deutschen Arbeitersängerbundes, veranstalteten am letzten Sonntag in Oldesloe ein Konzert. Vom Reinfelder Gesangverein Eintracht wurden unter ihrem Chormeister, Herrn Michelsen, folgende Lieder: „Brüderlein und Schwesterlein v. Gernsheim; Der Geiger v. Walter, Abendlied v. Kreutzer und Mein Heimattal v. Sturm gesungen. Die drei ersten Lieder wurden durchweg gut zu Gehör gebracht. In der Aussprache zeigten sich aber einige Mängel. Der Baß bei der Solopartie in „Mein Heimattal" war sehr unsicher. Bedenkt man aber, daß der Verein erst 1 Jahr besteht, so war es doch eine gute Leistung. Den lebhaften Beifall quittierten die Sänger mit der Zugabe Schwarz-Rot-Gold v. Schumann. Der Oldesloer Männergesangverein sang unter der Leitung des Chormeisters Herrn Kloth den Jägerchor v. K. M. v. Weber und Greinla v. Schwein (?). Beim Jägerchor folgten die Sänger leider nicht dem Taktstock des Dirigenten, sodaß derselbe viel zu langsam gesungen wurde. Dagegen wurde Greinla vorteilhaft zu Gehör gebracht. Der Oldesloer gemischter Chor, von demselben Chormeister geleitet, sang die Drei Röselein v. Huber, In einem kühlen Grunde v. Gluck, Abendchor v. Kreutzer durchweg gut. Die Frauen verfügen über gutes Stimmaterial, dagegen müßten die Männerstimmen stärker vertreten sein. Der Massenchor der Männer: Tord Foleson (?) v. Uthmann, unter Leitung von Herrn Kloth, wurde recht wirkungsvoll vorgetragen. Dieses Konzert hat bewiesen, daß die Arbeitersänger bestrebt sind, die Kunst zu pflegen und der werktätigen Bevölkerung einige genußreiche Stunden zu bieten. Leider war der Besuch nur schwach. Der Ratzeburger Gesangverein, der seine Mitwirkung zugesagt hatte, war leider nicht vertreten.

Gewerkschaften.

Verbandstag des deutschen Eisenbahner-Verbandes.

kr. München 16. September.

Die Verhandlungen des Verbandstages des Deutschen Eisenbahnerverbandes, die am 10. September in München begannen, füllten die ganze Woche aus. Von den Delegierten, die gegen 450 000 (?) Mitglieder vertraten, gehörten 125 zur SPD., 48 zur USP., 45 zur KPD., 4 waren parteilos. An der Tagung nahmen zahlreiche Gäste teil, darunter auch Vertreter ausländischer Organisationen.

Auf dem Verbandstag kam es wiederholt zu stürmischen Auseinandersetzungen mit den Kommunisten im übrigen waren aber die Beratungen sachlich. Die Entgegennahme des Geschäftsberichts und die sich anschließende Diskussion nahm über 3 Verhandlungstage in Anspruch. Verbandsvorsitzender Scheffel-Berlin leitete die Beratungen darüber mit einem 6stündigen Bericht ein. Da der gedruckte Bericht erst ganz kurz vor Beginn des Verbandstages erschien, war er zur Ausführlichkeit gezwungen. Scheffel hob besonders hervor, das letzte Jahr sei das arbeitsreichste seit dem Bestehen der Organisation gewesen, die Hauptarbeit galt der Anpassung der Besoldungsverhältnisse an die Preissteigerung des Lebensunterhalts; Ausgleichung konnte jedoch nicht erzielt werden. Zur Richtschnur ist geworden, Lohn- und Gehaltsbewegungen im Zusammengehen mit dem ADGB. und AfA zu führen. Erst recht muß das geschehen, sobald die Streikfrage in Betracht komme. Eine ganze Reihe Streiks hat der Vorstand des DEV. verhindert. Der Verband zählte Ende März 1922 440 223 Mitglieder, darunter 38 404 im Beamtenverhältnis und 393 weibliche.

Nach dem Kassenbericht schließt die Hauptkasse für 1921 mit 47,3 Millionen Mark in Einnahmen und Ausgaben ab. Die Ausgaben enthalten u. a. für Krankenunterstützung rund 3,9 Millionen; Unterstützung bei Todesfall 877 000 Mk.; bei Streiks 111 000 Mk.; zusammen Unterstützungen einschließlich Rechtsschutz rund 5,5 Millionen Mark, desgleichen aus den Ortskassen reichlich eine halbe Million Mark. Der Ueberschuß der Hauptkasse betrug 1921 rund 13,3 Millionen Mark, Kassenbestand rund 19,4 Millionen Mark.

Die zweitägige **Aussprache zum Geschäftsbericht** war lebhaft, aber im allgemeinen sachlich. Eine Fülle Fragen des Dienstbetriebs, der Besoldungsgrundsätze, der Arbeitszeit usw. wurden erörtert, bisweilen standen die Meinungen und Forderungen sich schroff gegenüber. So z. B. fordert Düsseldorf grundsätzliche Ablehnung der gleitenden Lohnliste, andere Orte verlangen ihre schleunige Einführung. Manche Redner sprachen gegen den Soziallohn, andere wünschen dessen Ausbau. Einheitlicher scheinen die Meinungen für die ungeteilte Arbeitszeit zu sein, nicht nur Köln verlangt Rückgängigmachung der einstündigen Mittagspause; die nicht volle Anrechnung der Dienstbereitschaft als Arbeitszeit scheint aber allmählich als nötig oder doch unvermeidbar erkannt zu werden. Auch mit der Gedingearbeit befreunden sich allmählich breitere Kreise. Als Hauptredner der Opposition sprach Esner-Frankfurt a. Main. Er sagte: die Lohnbewegung des Verbandes sei geradezu kläglich; der Vorstand lasse sich allzusehr von Rücksichten auf die innere und äußere Politik treiben. Der Vorstand appelliert an das Mitleid des Staates, der Bourgeoisie, wir aber wollen Gewalt gegen die Gewalt. In der Erwiderung auf diese Ausführungen wurde kühl und sachlich auf die Notlage des Reiches verwiesen und hervorgehoben, wie Nichtberücksichtigung der Innen- und Außenpolitik wirke, es sei am Marksturz nach nationalistischen Exzessen zu sehen. — Im Allgemeinen fand die Politik des Vorstandes Anerkennung.

Für den **Zusammenschluß in eine Einheitsorganisation** der gesamten Transport- und Verkehrsberufe sprach der Vorsitzende vom Transportarbeiterverband, Genosse Schumann-Berlin. Bernhard vom Vorstand entgegnete, der Verkehrsbund könne nur in Etappen über die Berufsverbände verwirklicht werden. Soweit sei die Zeit noch nicht, besonders müsse abgewartet werden, daß die für die freigewerkschaftliche Organisation gewonnenen Beamten auch für die erweiterte Idee reif werden.

Von den in übergroßer Zahl vorliegenden Anträgen hatten zur Sache eingesetzte Kommissionen ganze Gruppen zu Entschließungen zusammengefaßt, die Richtlinien für die künftige Tätigkeit des Vorstandes enthalten. Zur Tarif- und Besoldungsfrage wurde anerkannt, daß die aus Industriegebieten kommende Forderung nach bezirksweiser Lohnverhandlung eine gewisse Berechtigung habe, zentrale Festsetzung von Mindestlöhnen müsse jedoch beibehalten werden.

Ein Antrag der Kommunisten, der dem Vorstand einen Tadel aussprechen will, wurde abgelehnt. Eine große Anzahl Anträge werden dem Vorstand als Material überwiesen; darin wird unter anderem aufgerufen gegen die Stinnespläne auf die Reichseisenbahnen; für den Fall der Umbildung der Verwaltungsform im Sinne der Herausstellung der Reichsbahn als selbständiger Wirtschaftsbetrieb wird ausreichende Vertretung der Gewerkschaften im Verwaltungsrat gefordert.

Minister a. D. Wissell-Berlin sprach über: Aufbau der Volkswirtschaft. Er gab ein plastisches Bild der deutschen Wirtschaftsverhältnisse und der Zerrüttung der Weltwirtschaft. Dreischichtenarbeit in der Notendruckerei kennzeichne den Zustand. Solcher Lage gegenüber dürfe die deutsche Arbeiterschaft sich nicht auf ein Schema festlegen, wie die Bergarbeiter jetzt Ueberschichten fahren, so dürfen die Eisenbahner sich nicht auf ihren Achtstundentag versteifen, sondern wenn es gilt, die Kohlen abzufahren, dann müssen sie zur Ueberschreitung des Achtstundentages bereit sein. Uns liege ob, die breiten Massen zu gemeinwirtschaftlichem Denken zu erziehen. Erhöhung der Produktion sei nötig und dazu eine Wirtschaft, die den Nutzen nicht in Privathänden (?) leite. Wir brauchten eine planmäßige Zusammenfassung der Wirtschaft, dann würde es möglich, an vielen Stellen in die Wirtschaft einzudringen und allmählich in ihre Leitung hineinzuwachsen.

Gegen wenige kommunistische Stimmen wurde eine Entschließung im Sinne der Ausführungen Wissels angenommen. Darin werden die Folgen des Gewaltfriedens als auch für die Siegerstaaten unheilvoll bezeichnet und es wird der Profit- die Bedarfsdeckungswirtschaft entgegengestellt.

Ueber Beamtenzentrale und Reichsaktion referierte Kotzur. Er trat für die einheitliche Zusammenfassung des gesamten Personals der Reichsbahn in einer Organisation ein. Der Vorstand soll zunächst Arbeitsgemeinschaften und lose Bindungen mit den anderen Organisationen eingehen und mit der Reichsgewerkschaft ein fester gefügtes Verhältnis schaffen.

In der Aussprache wurde zum Ausdruck gebracht, daß der deutsche Eisenbahnerverband mit der Gewinnung von Beamten als treue Mitglieder sehr zufrieden sein könne; die Erfolge würden noch größer sein, wenn nicht der ADGB. die Dreisäulentheorie aufgestellt hätte. Kotzurs Entschließung wurde angenommen unter Ablehnung einer Verschärfung, die den Zusammenschluß mit der Reichsgewerkschaft, die hauptsächlich die Lokomotivführer umfaßt, schon bis zu Neujahr 1923 durchgeführt wissen will.

Auf Antrag der Beschwerdekommission wurden sämtliche Ausschlüsse bestätigt mit dem ausdrücklichen Zusatz, daß nicht ein einziges Mitglied wegen Zugehörigkeit zu einer politischen Partei ausgeschlossen ist. Dem Vorstand wurde aufgegeben, Anträge auf Neuaufnahmen in den Fällen, wo die Ausgeschlossenen die Tragweite ihrer Handlungen nicht übersehen haben, entgegenkommend zu prüfen. Gegen diesen Beschluß kündigte die kommunistische Fraktion Kampf an; wenn darüber der Verband in Stücke ginge, werde es nicht ihre Schuld sein. Wird die Kampfansage verwirklicht, so werden neue Ausschlüsse erfolgen.

Bei der Statutenberatung wurde als Verbandsgebiet die Deutsche Republik und Danzig festgesetzt und das Verlangen nach Demokratisierung der Verwaltung bestimmter gefaßt. Die Beiträge werden festgesetzt für Vollarbeiter auf 70, weibliche 60, Lehrlinge 50 Proz. eines Stundenlohnes, der Vorstand soll die Staffelung vierteljährlich revidieren. Sämtliche Unterstützungen wurden erhöht, sie werden mit den Beiträgen automatisch steigen. Das Streikreglement unterstellt alle Arbeitseinstellungen der Genehmigung des Vorstandes. Notstandsarbeiten sind unbedingt zu verrichten. Eine Entschließung erklärt die Technische Nothilfe als eine gewerkschaftsfeindliche Einrichtung. Mitglieder des DEV. dürfen ihr nicht angehören. Auch die Errichtung eines Bahnschutzes seitens der Eisenbahnverwaltung sei ein Versuch reaktionärer Elemente, die Eisenbahn für ihre Zwecke zu mißbrauchen. Voraussetzung für die Anerkennung des Bahnschutzes sei, daß die Betriebsvertretungen des Personals über seine Zusammensetzung und Leitung mitentscheidet.

In einer sehr scharfen Entschließung wandte sich der Verbandstag gegen die Blutjustiz Sowjet-Rußlands, in der der Abscheu des Proletariats ausgesprochen wird.

Zum Schlusse sprach noch Rechtsrat Schmidt als Vertreter der Stadt München seine Entrüstung über das Bubenstück aus, das gegen die schwarz-rot-goldene Fahne während der Tagung verübt worden ist, die von reaktionären Elementen heruntergerissen worden war.

Der Vorstand wurde im wesentlichen in der alten Zusammensetzung wiedergewählt.

Aus aller Welt.

Zerbrochene Fensterscheiben als Reklame-Erfolg. Vor einigen Tagen prangten an den Berliner Anschlagsäulen Plakate, die die Aufforderung enthielten, daß sich an der Gethsemanekirche etwa 2000 bedürftige Kinder im Alter von fünf bis sechs Jahren in der Begleitung von Erwachsenen einfinden sollten. Es würden Donnerstag um ¾5 Uhr nachmittags zahlreiche Geschenke zur Verteilung kommen. Als dann nach Schluß der Fabriken die Arbeiter herbeiströmten, wurde die Menschenansammlung beängstigend. Die Spannung und Nervosität der Menge wuchs. Kurz nach 5 Uhr brauste ein elegantes Auto heran. Die Menge horchte auf, und da geschah etwas Unerwartetes. Statt der erhofften Geschenke flogen große Mengen von Reklamezetteln aus dem Auto heraus, die auf die Eröffnung eines Schuhwarengeschäfts in der Schönhauser Allee hinwiesen. Die Erregung der Menge kannte keine Grenzen. Sie zog zu diesem Geschäft und schlug die Fensterscheiben ein, ohne sich jedoch das geringste von den ausgestellten Waren anzueignen.

Hochwasserkatastrophe in der Oberpfalz. Ueber die Täler der Sulz und Schwarzbach in der Oberpfalz ist ein zwölf Stunden lang anhaltender Platzregen niedergegangen. Die Talgebiete der beiden Flüsse sind in Seen verwandelt worden. Hunderte von kleinen Häusern und Heuschobern hat die Strömung mit sich gerissen. Die gesamte Grummeternte wurde vernichtet. Die Hochwasserkatastrophe hat die Existenz von vielen Kleinbauern in Frage gestellt. In Beilengriets wurde die Bevölkerung, die auf dem Marktplatz ein Volksfest feierte, von der Flut überrascht; die aufgestellten Buden wurde weggeschwemmt.

Große Veruntreuungen des Generaldirektors der Wiener Ziegelwerke. In Wiener industriellen und kaufmännischen Kreisen erregt die Verhaftung des Generaldirektors der Wiener Ziegelwerke Adolf Zacharias wegen Milliardenunterschleife großes Aufsehen. Zacharias hat u. a. vollwertige Maschinen als altes Eisen in den Büchern abschreiben lassen, die aber zu hohen Preisen und zu fremden Valuten an auswärtige Industriebetriebe verkauft wurden, und den Erlös für sich verwendet. Ferner hat er fingierte Einkäufe buchen und die entsprechenden in die hunderte von Millionen gehenden Beträge sich auszahlen lassen. In der Wohnung des Verhafteten wurden fremde Valuten und Aktien im Werte von mehr als einer Milliarde beschlagnahmt.

Der Reichtum der russischen Kirche. Nach den öffentlichen Sowjetfeststellungen sind seit dem Beginn der Verfahren zur Verwertung der Kirchenschätze bis zum 10. August an das staatliche Schatzamt abgeliefert worden 722 Pfd. Gold, 16 905 Pfd. Silber, 61 Pfd. Perlen, 170 Stück Diamanten, für 22 800 Rubel Gold- und Silbermünzen und außerdem 41 goldene Uhren.

Theater und Musik.

Hansatheater.

„Die Puppe", Operette in 3 Akten und 1 Vorspiel von Ed. Audran. Wenn die Kunst ein Spiegelbild der Zeit ist, die sie gebiert, dann bekommen die Jahre um 1889, wo „Die Puppe" eine reizende süße Frucht südfranzösischer Romantik, in Paris das Licht der Rampe erblickte, eine erheblich bessere Note als unsere Tage. Es kann kein besseres Zeugnis für die Güte der „Puppe" geben, als dieses, daß sie, obwohl zotenfrei und in einfachstem orchestralem Gewande, nur eingekleidet in aus dem Herzen kommenden Melodien eines wirklichen Musikers, dennoch bis heute gegenüber manchem anspruchsvollerem Werke ihren Platz behauptet hat. Nummern wie des Klosterpriors: „Zufriedenheit, stille Heiterkeit" und Alesias Refrain: „Das ist die Lieb'" sind in Süddeutschland direkt volkstümlich geworden, und der Chor der Mönche im letzten Bild gilt als ein Muster schönster Vierstimmigkeit. Die Direktion des Hansatheaters hat dem Werke eine besonders sorgfältige Vorbereitung angedeihen lassen und Willy Schweißguths hier sattsam bekannte feine Regiekunst feierte dabei manchen Triumph. Die Bühne sah einfach „puppig" aus, die Beleuchtungseffekte waren raffiniert abgetönt. Das Orchester unter Kapellmeisters Schmids sicherer Leitung folgte mit Liebe den vielen dynamischen Vorschriften der Partitur. Der verstärkte Chor, die sauberen neuen Kostüme, alles hinterließ den Gesamteindruck, daß das Hansatheater wirklich weder Kosten noch Mühe scheut, um den Vergleich mit den allerersten Operettenbühne nicht scheuen zu müssen. Der edle Wetteifer erfahrener Regisseure wird unterstützt durch Mitglieder, die dartun wollen, daß sie ihre Gage auch wirklich „verdienen" und so kommen in der Tat tadellose Vorstellungen zustande. Bezüglich der Solisten ist es schwer zu sagen, wem die Palme des Abends gebührt. Ella Loeb als Alesia besitzt viel Charme, Temperament, Beweglichkeit und — kann vor allem singen! Auch Paul Schüßler als ihr schüchterner Partner und späterer Ehemann hat seit dem vorigen Jahre an Stimmkultur entschieden gewonnen. Sein Spiel war den feineren Ansprüchen des älteren Operettenspiels gut angepaßt. Willy Schweißguth tat gut daran, den unverwüstlichen Hilarius durch einige moderne Schlaglichter und zeitgemäße Zutaten geschickt neuzuschweißen. Als Leiter großer Rheinischer Operettenbühnen hat er sich inzwischen zu einem Fachmann von Rang entwickelt. Als seine Gattin erwies sich Trude Sorea, die in früheren Jahren als T. Schwegler große Soubrettentriumphe feierte und in Dresden eine geschätzte Gesangslehrerin war, als komische Alte von großem Schlage und, was in diesem Fache sehr wichtig ist — mit persönlicher Note! Erwähnen wir noch die Herren Wolf und Stein, die in ihren komischen Chargen mit Recht nicht so dick auftrugen, wie es sonst wohl in diesen Rollen geschieht, sowie den Vertreter der ernsten Rolle des Stückes, Herrn Biermann-Deppen, ihren Antipoden in stimmlicher und darstellerischer Hinsicht, der als Prior gute Figur machte und schön sang, so ist alles gesagt, was der Neueinstudierung der „Puppe" am Hansatheater nachzurühmen wäre. Es liegt nun am Publikum, durch eifrigen Besuch Direktion und Darsteller zu ermutigen, auf dem nun schon seit drei Jahren beschrittenem Wege fortzufahren, damit auch hier „Segen der Mühe Preis" wird und diese vorzügliche Operettenbühne, die ihres einstigen Vorstadtcharakters längst entkleidet ist, Lübeck erhalten bleibt. H.

Quittung.

Für die Altershilfe gesammelt auf einer Hochzeit in der Haudestraße 71 Mk.